

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## TOURISMUS IN KASACHSTAN UND TADSCHIKISTAN

### DIE LAGE IN KIRGISTAN

### DAS VERFASSUNGSREFERENDUM IN KIRGISTAN

### INTERVIEW MIT DEM EU-SONDERBEAUFTRAGTEN FÜR ZENTRALASIEN

■ ANALYSE Wunschdenken und Wirklichkeit. Tourismus in Kasachstan Von Dagmar Schreiber, Almaty	2	■ DOKUMENTATION Auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie? Auszüge aus der neuen Verfassung der Kirgisischen Republik Ergebnisse des Verfassungsreferendums in Kirgistan am 27. Juni 2010 Mitglieder der neuen »technischen« Regierung der Kirgisischen Republik	19 27 28
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Statistik zum Tourismus in Kasachstan	6	■ INTERVIEW »Europa ist ein gefragter Modernisierungspartner« Interview mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pierre Morel	29
■ ANALYSE Über bürokratische Hürden zu Siebentausendern und Seidenstraße. Tourismus in Tadschikistan Von Sonja Bill, Coburg	8	■ CHRONIK Vom 19. Juni bis 23. Juli 2010	34
■ ANALYSE Ethnonationalismus in Kirgistan. Die Ereignisse im Juni 2010 Von Judith Beyer, Halle/Saale	11	■ PRESSEMITTEILUNG Berthold-Beitz-Zentrum in Berlin gegründet	46
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Kirgistans Ausgewählte makroökonomische Indikatoren für die Gebiete Kirgistans	15 17		

*Die Zentralasien-Analysen werden vom  
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



**Forschungsinstitut Osteuropa  
an der Universität Bremen**

**DGO**

**Deutsche Gesellschaft für  
Osteuropakunde e.V.**

**Analyse****Wunschdenken und Wirklichkeit****Tourismus in Kasachstan**

Von Dagmar Schreiber, Almaty

**Zusammenfassung**

Auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) 2010, der europaweit wichtigsten Tourismusmesse, konnte Kasachstan einen schönen Erfolg verbuchen: Der Messestand des Landes wurde als bester Stand der Staaten Asiens und Ozeaniens ausgezeichnet. Der Jubel kannte keine Grenzen, ja, es war von einem Durchbruch die Rede. Aber die Zahl der ausländischen Besucher, die Geschäfts-, Urlaubs- und Besuchsreisen nach Kasachstan unternehmen, stagniert, darin stimmen die Statistiken der Nationalen Agentur für Statistik und der Kasachstanischen Tourismus-Assoziation (KTA) trotz unterschiedlicher Einzeldaten überein. Die Verfasserin geht der Frage nach, welche Gründe das geringe Touristenaufkommen hat und zeigt, dass viele Großprojekte und ebensolche Ideen für eine Verbesserung nicht geeignet sind. Stattdessen sieht sie im Öko-Tourismus einen zukunftsweisenden Weg, der der einheimischen Bevölkerung und den Touristen zu Gute kommt.

**K**asachstans Reisebüros haben nach eigenen Angaben im Jahr 2009 ca. 31.000 ausländische Gäste betreut. Hotels und andere Beherbergungsstätten geben an, dass im gleichen Jahr ca. 21.000 Ausländer ihre Leistungen in Anspruch genommen haben. Mehrfacherfassungen sind sehr wahrscheinlich, können aber nicht quantifiziert werden. Die vom Innenministerium an den Grenzen sehr genau erfasste Zahl der Einreisen ist für den Tourismusbereich nicht verwendbar. Wenn man davon ausgeht, dass nicht alle in Kasachstan reisenden Ausländer Dienstleistungen von hiesigen Reisebüros und Beherbergungsstätten in Anspruch nehmen, sondern es darüber hinaus noch eine unbestimmte Anzahl von Reisenden gibt, die ihren Aufenthalt über deutsche Reisebüros buchen oder selbst organisieren, kommt man bei einer vorsichtigen Schätzung für 2009 auf maximal 40.000 ausländische Gäste. Das ist extrem wenig. Und dass dem so ist, liegt nicht nur an den Vorurteilen der Reisenden bzw. Nicht-Reisenden.

**Wunschdenken...**

Tourismus ist per Staatsdekret bereits seit 1997 als einer der Wirtschaftszweige ausgewiesen, deren Entwicklung Priorität genießt. Das berücksichtigt zweifellos internationale Entwicklungen: Weltweit werden ca. 10 % des BIP in der Reisebranche erwirtschaftet, sind ca. 100 Mio. Menschen im Tourismus beschäftigt, viele partizipieren mittelbar von seinem Aufschwung. Kasachstan mit seinen schönen Gebirgs- und Steppenlandschaften, einer interessanten und vielfältigen Geschichte und Kultur und dem teilweise brachliegenden Arbeitskräftepotential könnte durch die Entwicklung des Tourismus tatsächlich gewinnen. Daran mag man vor allem

gedacht haben, als man Masterpläne zur Entwicklung des Tourismus bei renommierten westlichen Consultern in Auftrag gab. Diese nun sagten eine Steigerung des internationalen Touristenaufkommens von 2004 bis 2010 um das Dreizehnfache (von 58.000 auf 750.000) und bis 2020 um das Fünzigfache voraus (Prognose: 3 Mio.) sowie eine Verdopplung der Anzahl der Business-Reisenden von 2004 bis 2010 und eine Vervielfachung bis 2020 – und gossen damit Öl ins Feuer der Tourismus-Euphorie. Umgehend wurde die Ausarbeitung gigantischer Projekte in Auftrag gegeben. In der Kenderli-Bucht am Kaspischen Meer wird ein Sun & Beach-Resort für fünfzigtausend Urlauber entstehen, am Stausee von Kapschagaj nördlich von Almaty soll eine »Oz« genannte Stadt für Zehntausende Glücksspieler (im Volksmund »Kas Vegas« genannt) aus dem kargen Steppenboden wachsen, und nördlich von Astana in der sogenannten Kasachischen Schweiz von Borowoje wird eifrig an einem Urlauberparadies für die betuchten Einwohner der schnell wachsenden neuen Hauptstadt gebaut.

**... und Wirklichkeit**

Sind diese Prognosen aber realistisch? Sehen wir uns die strukturellen Voraussetzungen an. Der wohl wichtigste Akteur ist das Ministerium für Tourismus und Sport (MTS) und hier insbesondere das Komitee für Tourismusindustrie, eine Einrichtung, die in den letzten Jahren mehrmals umstrukturiert wurde und deren Wirkungsmechanismus aus verschiedensten Gründen eingeschränkt effektiv ist. Es verwaltet ein Budget für die Außendarstellung Kasachstans als touristische Destination. Hinzu kommen die Gebietsverwaltungs-

gen für Tourismus und Sport, ausgestattet mit einem nicht gerade üppigen Budget für die Entwicklung von Angeboten für in- und ausländische Reisende, und die Kasachstanische Tourismusassoziation (KTA) sowie die Kasachstanische Assoziation der Hotels und Gaststätten (KAGIR), zwei teilweise in Personalunion agierende Dachverbände im Tourismus tätiger Firmen mit insgesamt knapp 200 zahlenden Mitgliedern. Des Weiteren gehören zur touristischen Infrastruktur 1276 im Bereich Tourismus tätige Firmen mit 4619 Mitarbeitern, davon 372 Reiseveranstalter, 789 Reisebüros bzw. Agenturen, 6 sog. Exkursionsbüros und 109 sonstige – die meisten von ihnen arbeiten fast ausschließlich im Segment Auslandsreisen, einige NGOs, die mehr oder weniger erfolgreich versuchen, alternative Tourismus-Projekte im Inland zu entwickeln sowie knapp 200 Hotels mit Sterne-Kategorie und reichlich 1200 Hotels ohne Kategorie bzw. andere Beherbergungsstätten mit insgesamt ca. 68.000 Betten.

Die für die Entwicklung des Tourismus zentrale Transportinfrastruktur ist in Form eines Netzes von Inlandflughäfen inzwischen relativ gut ausgebaut. Zwischen den großen Städten gibt es tägliche Verbindungen. Hinzu kommt ein relativ weit verzweigtes Schienennetz, welches in einem überwiegend katastrophalen Zustand ist und eine Durchschnittsgeschwindigkeit von nur deutlich weniger als 100 km/h erlaubt. Das Straßennetz wird in den letzten zwei Jahren abschnittsweise rekonstruiert, teilweise mit buchstäblich erschütternden Ergebnissen. Nur die 2009 übergebene Trasse Astana – Borowoje und die ihrer Fertigstellung noch harrende Transitstraße China – Europa bieten autobahnähnlichen Fahrkomfort. Die Fahrt in Überlandlinienbussen sollte Personen mit überdurchschnittlicher Leidensfähigkeit vorbehalten bleiben. Der städtische Nahverkehr, verlangt einem westlichen Reisenden großes Improvisationstalent, Geduld und Stehvermögen ab. Eine Ausnahme ist nur die Vorzeigehauptstadt Astana.

An dieser Stelle ist es angebracht, mit den beiden Hauptirrtümern aufzuräumen, die in Kasachstan als Begründung für die geringe Anzahl ausländischer Touristen herhalten müssen.

- Irrtum 1: Es gibt zu wenig Hotelbetten für die vielen Reisenden. Dem ist nicht so. Ein Land wie Botswana beispielsweise hat nur 3.000 Hotelbetten – und erzielt höhere Umsätze aus dem Tourismus als Kasachstan mit seinen 68.000 Betten – weil das Preis-Leistungsverhältnis und die Auslastung stimmen. Die Auslastung von Kasachstans Beherbergungsstätten liegt zurzeit bei nur ca. 20 %.
- Irrtum 2: Die Transportinfrastruktur ist schuld am geringen Touristenaufkommen. Auch das stimmt nicht. Die Infrastruktur ist in der Tat vielerorts denkbar schlecht, sie kann aber nicht die geringe Zahl an Touristen erklären. Länder wie die Mongolei haben überhaupt keine vergleichbare Infrastruktur und können doch pro Jahr deutlich mehr Touristen verzeichnen.

Meine Erfahrung besagt, dass der im Land zu suchende Hauptgrund für die nach wie vor winzige Zahl von Touristen in Kasachstan der Mix aus erschreckender Unprofessionalität auf vielen Ebenen und dem überhaupt nicht adäquaten Preis-Leistungsverhältnis ist. Die wenigen »Player«, welche hier die Ausnahme machen, können sich über mangelnde Umsätze nämlich nicht beklagen.

### Wird Kasachstan also nie ein Reiseland sein?

Die Entwicklung des Business-tourismus wird zweifelsohne stabil verlaufen, wird sie doch in erster Linie von der Nachfrage nach den zahlreichen Rohstoffen bestimmt, die Kasachstan zu bieten hat. Die Entwicklung des »echten« Tourismus in Kasachstan allerdings wird in erster Linie von der Entwicklung der Kaufkraft in den Herkunftsländern der Touristen abhängen. Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Reiselust gebremst, davon war und ist auch Kasachstan betroffen. Einen großen Einfluss auf die Anzahl der Reisen nach Kasachstan wird die weitere politische Entwicklung im Land wie in der Region haben. Dazu gehören auch »Randbedingungen« wie Visabestimmungen, Melderegeln usw., die in den letzten Jahren vom Außenministerium etwas vereinfacht wurden. Auch die Lage in den südlichen Nachbarrepubliken wird immer eine Rolle spielen; der »-stan-Faktor« mit negativen Assoziationen wie Instabilität, Terrorismusgefahr, Drogenkriminalität lässt sich nicht einfach wegwischen. Die innere Sicherheit in Kasachstan darf als stabil gelten, solange Präsident Nasarbajew fest im Sattel sitzt.

Die jetzige Infrastruktur wird das prognostizierte Aufkommen nicht annähernd bewältigen können, aber sie wird zweifellos relativ selbständig und ohne Einmischung von oben mit ihren Aufgaben, sprich, mit der tatsächlichen Anzahl der Touristen wachsen. Hier regiert der Markt. Auch das Preis-Leistungsverhältnis wird sich über kurz oder lang einpegeln.

Die oben beklagte Unprofessionalität wird einem wirklich guten Dienstleistungsangebot erst dann weichen, wenn der Ausbildung im Hotel- und Tourismusfach die notwendige ideelle und materielle Aufmerksamkeit geschenkt wird und moderne, weltmarkt- und serviceorientierte Berufsbilder eingeführt und durchge-

setzt werden. Hier ist die Bedeutung solcher Organisationen wie KTA und KAGIR hervorzuheben. Aus der Sicht des Marketings ist das wichtigste Gebot bei der Entwicklung des Tourismus in Kasachstan das Setzen auf so genannte Alleinstellungsmerkmale. Auch das touristische Image des Landes muss darauf ausgerichtet werden. Es kommt einer Fehlinvestition gleich, Branchen zu entwickeln, in denen die Konkurrenz unschlagbar ist. Im so genannten Sun&Beach-Tourismus für große Urlaubermassen beispielsweise hat Kasachstan keine Chance. Die kaspische Westküste mit ihrem harten kontinentalen Klima, ihrem Süßwassermangel und den kargen Landschaften wird niemals Heerscharen von sonnenhungrigen Badeurlaubern anziehen können, wie sie in der Türkei, in Spanien, in der Karibik oder in Thailand seit Jahren die Kassen der Veranstalter zum Klingeln bringen. Auch der Zauber der Seidenstraße, der jährlich Zehntausende in die usbekischen Städte Samarkand und Buchara zieht und immer mehr Touristen nach China bringt, wird in Kasachstan niemals so stark wirken, auch wenn man inzwischen einige Objekte, die bei vielen Touristen die Impression dieser alten Handelswege wiedererwecken könnten, restauriert. Für Skiurlauber könnte Kasachstan möglicherweise in naher Zukunft eine Alternative sein, wenn die Schneelage in Europa mit dem Klimawandel immer kritischer wird. Infrastrukturelle Voraussetzungen werden in den Ski-gebieten südlich von Almaty in Vorbereitung der Asiatischen Winterspiele 2011 geschaffen. Aber auch dieser Tourismuszweig wird Kasachstan nicht die erwünschten drei Millionen Touristen pro Jahr bringen.

### Ökotourismus als Ausweg

Der naturnahe Tourismus hat in Kasachstan dagegen gute Perspektiven, weil er das bereits genannte Alleinstellungsmerkmal erfüllt. Raschida Schaikenowa, Direktorin der KTA, drückt das so aus: »Kasachstans Reichtum aus touristischer Sicht ist vor allem die Natur, aber genauso auch die Menschen, die in ihr leben. Diesen Reichtum müssen wir nutzen und erhalten.« Was hier ganz einleuchtend und einfach klingt, ist in Wirklichkeit kompliziert.

Nutzen und erhalten – das ist ein schwieriger Spagat, gerade in Ländern wie Kasachstan. Auch hier setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass die Natur zwar groß und weit, aber nicht unverwundbar ist, dass sich die Schäden, die wir ihr zufügen, irgendwann einmal rächen werden. Dennoch herrscht immer noch die Einstellung: Die Natur gibt, der Mensch nimmt. Dafür gibt es Gründe. Akute soziale Not macht es schwierig bzw. unmöglich, an Idealismus und langfristige Entwick-

lungschancen zu appellieren. Einem Viehzüchter, der nichts hat außer seiner Schafherde, ist schwer begreiflich zu machen, dass er die Tiere nicht in immer kürzeren Abständen auf die gleiche Weide treiben darf, weil die Grasnarbe sich nicht erholen kann und das Terrain irgendwann so überweidet ist, dass dort Erosionskräfte die letzte Krume wegschwemmen oder –blasen. Einem arbeitslosen Familienvater, der Frau und fünf Kinder zu ernähren hat, kann man kaum verbieten, ohne Abschusslizenz auf die Jagd nach Steinhühnern für den Familienkochtopf zu gehen. Und wenn ein Zwischenhändler einem Kasachen im ökologischen Katastrophengebiet am Aralsee für ein Saiga-Gehörn eine Summe bietet, von der dieser einen ganzen Monat leben kann, dann wird er mit großer Wahrscheinlichkeit einen der letzten noch lebenden Antilopenböcke schießen, damit chinesische Pharmazeuten aus den Hörnern ein fiebersenkendes Wundermittel herstellen können. Diesen Menschen müssen reale Alternativen zur Erzielung eines legalen und ausreichenden Einkommens geboten werden, damit sie sich nicht weiter durch übermäßige Naturausbeutung langfristig selbst die Lebensgrundlage entziehen müssen.

Aber die Gründe liegen auch an anderer Stelle. Hier befindet sich Kasachstan in trauriger Gesellschaft mit anderen postsowjetischen Ländern. Es ist nicht nur die Armut, die notwendigerweise zur Naturzerstörung führt. Es sind auch die Angehörigen der Oberschicht und zunehmend auch der Mittelschicht, die sich das »Vergnügen« leisten, durch Jagd auf seltene Tierarten ihr eingebildetes Prestige aufzuwerten. Es sind die gut motorisierten Einwohner der Städte, die am Wochenende in Heerscharen mit ihren Allradfahrzeugen in die Landschaft düsen, um dort »am Busen der Natur« Schaschlyk zu braten (natürlich mit dem Holz des bedrohten Saksaul-Strauches), Wodka zu trinken und danach ihre Abfälle achtlos neben der Asche des Lagerfeuers liegen zu lassen. Die Vermüllung der Natur hat an ihren schönsten Orten einen Grad erreicht, der es einem wirklichen Naturliebhaber schier unmöglich macht, den Aufenthalt dort zu genießen. Es sind (meist einheimische) »Abenteuertouristen« wie diese, die an der Mehrzahl der Wald- und Steppenbrände schuld sind, weil ihre weggeworfenen Wodkaflaschen wie Brenngläser wirken oder der Wind ihre nicht richtig gelöschten Lagerfeuer wieder anfacht.

In all diesen Fällen führt Naturnutzung zur Zerstörung der Ökosysteme. Und so kommt es, dass es selbst in den Schutzgebieten kaum noch jene eindrucksvollen Tiere gibt, mit denen man so gern um Touristen wirbt: Saiga-Antilopen, persische Kropfgazellen, Ustjurt-Mufflons, Braunbären, Marale, Steinböcke, Marco-

Polo-Schafe, Trappen, Sakerfalken und Steinadler wurden derartig dezimiert, dass sie selbst der geduldigste Beobachter in ihren angestammten Lebensräumen kaum noch zu Gesicht bekommt. Vom Wappentier – dem Schneeleoparden – gar nicht zu reden.

Die Situation ist kritisch. Umso wichtiger ist der trotzige Versuch der KTA, mit dem Informations- und Ressourcenzentrum Ökotourismus (IRZÖ) eine Organisation zu schaffen, die umweltschonenden und nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum aufbaut und entwickelt. Das IRZÖ betreut ein wachsendes Netz von ländlichen (»community based«) Pensionen und versucht, durch Qualitätsmanagement, Entwicklung neuer Angebote und Touren sowie passendes Marketing einen stabilen Strom von Touristen für diese Gästehäuser zu gewinnen. Damit soll Menschen in strukturschwachen, aber landschaftlich attraktiven Gebieten durch die Beherbergung und Betreuung von Touristen die Möglichkeit gegeben werden, ein legales Einkommen zu erzielen. Auf diese Weise will man eine Alternative schaffen zur Naturausbeutung, d. h. zu anderen, illegalen und ökologisch bedenklichen Einkommensquellen wie Wilderei, illegale Abholzung und Überweidung. Insofern kann durch die Verbesserung der Lebensbedingungen zugleich ein Beitrag zum Naturschutz geleistet werden. Durch Aufzeigen realer wirtschaftlicher Perspektiven soll die Landflucht mit ihren zahlreichen Folgeproblemen eingedämmt werden. Den Betreibern der ländlichen Gästehäuser soll durch den Kontakt mit den Touristen vor Augen geführt werden,

dass sie in und von einer schützenswerten Natur leben. Diese bewusstseinsbildende Komponente wird durch Schulungen verstärkt. Die Touristen sollen ein realitätsnahes, wahrhaftiges, sympathisches Bild von Kasachstan mit nach Hause nehmen. Durch den direkten Kontakt zur Bevölkerung erfahren sie mehr über das Land und seine reiche Alltagskultur als durch von der Wirklichkeit abgehobene Touren mit klimatisierten Reisebussen durch Fünfsterne-Hotels und Luxusrestaurants.

Erhaltung der Natur durch deren nachhaltige touristische Nutzung – auf diesen Nenner kann das Ziel der Arbeit des IRZÖ und seiner Partnerorganisationen gebracht werden. Theoretisch ist das möglich. Weltweit gibt es viele erfolgreiche Beispiele: Die Nationalparks in den USA, die legendäre Serengeti im Osten Afrikas, Whalewatching in Island und Norwegen – die Liste ließe sich fortführen. Kasachstan steht ganz am Anfang der Entwicklung eines ökologischen bzw. nachhaltigen Tourismus und die Aktivisten haben mit vielen »Kinderkrankheiten« zu kämpfen. Nichtsdestotrotz liegt dieser »kleinteilige«, lebensnahe Tourismus mit seiner angestrebten Nachhaltigkeit nicht nur im von der Welttourismusorganisation prognostizierten Trend des ökologisch und sozial verantwortungsbewussten Reisens, sondern er kann Kasachstan und seinen Menschen mehr Nutzen bringen, als die geplanten gigantomanischen Projekte. Er verdient staatliche Förderung und eine wachsende Zahl von Reisenden. Falls auch Sie zu jenen gehören möchten, sind Sie herzlich eingeladen.

#### *Über die Autorin:*

Dagmar Schreiber studierte Philosophie in Leningrad (heute St. Petersburg) und Moskau, sie schreibt und aktualisiert seit 2002 den bisher einzigen deutschsprachigen Reiseführer über Kasachstan und arbeitet seit 2008 als CIM-Fachkraft beim Informations- und Ressourcenzentrum Ökotourismus der Kasachstanischen Tourismus-Assoziation in Almaty.

#### *Lesetipps:*

- Dagmar Schreiber, Kasachstan. Nomadenwege zwischen Kaspischem Meer und Altaj, <sup>3</sup>Berlin 2009;
- <http://www.botschaft-kasachstan.de/> (Website der Botschaft der Republik Kasachstan in Deutschland, unter »Tourismus« gibt es Beschreibungen der Gebiete und weiterführende Links);
- [www.mts.gov.kz](http://www.mts.gov.kz) (Website des Ministeriums für Tourismus und Sport der Republik Kasachstan);
- [www.kazakhstan-tourist.com](http://www.kazakhstan-tourist.com) (Website des Komitees für Tourismusindustrie des Ministeriums für Tourismus und Sport);
- [www.kaztour-association.com](http://www.kaztour-association.com) (Website der Kasachstanischen Tourismus-Assoziation, bisher nur russisch).

**Tabellen und Grafiken zum Text**
**Statistik zum Tourismus in Kasachstan**
**Tabelle 1: Hotels und andere Beherbergungsstätten, ihre Ausstattung und Auslastung (2009)**

Kategorie	Hotels*****	Hotels****	Hotels***	Hotels**	Hotels*	Andere (nicht kategorisiert)	Gesamt
Anzahl Beherbergungsstätten nach Kategorien	11	35	86	30	22	1.048	1.232
Zimmer	1.770	2.484	4.662	1.553	671	19.691	30.831
Davon ohne Dusche/WC			78	162	155	6.499	6.894
Betten	3.042	3.832	6.857	2.610	1.140	50.236	67.717
Durchschnittlicher Preis pro ÜN in Tenge	31.645	18.520	10.988	8.107	4.601	3.394	4.747
[Euro, Kurs 1:200]	[158]	[93]	[55]	[41]	[23]	[17]	[24]
Gebuchte Übernachtungen	492.895	460.364	834.817	238.905	74.764	2.851.782	4.953.527
Auslastung	44,4	32,9	33,4	25,1	18	15,6	20

Quelle: *Entwicklung des Tourismus und der Hotelwirtschaft in der Republik Kasachstan, Agentur für Statistik der Republik Kasachstan, Serie 20, Innovation und Tourismus, 2009.*

**Tabelle 2: Anzahl der Reisenden in Kasachstan nach Ziel- und Herkunftsgebieten (2009)**

	Anzahl (in Mio. Personen)
Reisende insgesamt 2009	14,8
davon Reisen ins Ausland	6,4
davon Reisen im Inland	4,0
davon Reisen von Ausländern nach / in Kasachstan	4,3*
Von Reisebüros betreute Kunden	0,369
davon Reisen ins Ausland	0,206
davon Reisen im Inland	0,132
davon Reisen von Ausländern nach / in Kasachstan	0,031**

\* Die Erfassung erfolgt über die Zählung der Einreisen aller Ausländer. Es sind also auch Hunderttausende Arbeitsmigranten aus den Nachbarstaaten erfasst.

\*\* Das bedeutet, ca. 31.000 ausländische Reisende (darunter auch aus GUS-Staaten) haben bei einheimischen Reisebüros Dienstleistungen in Anspruch genommen, Mehrfacherfassung möglich. Im Vergleich dazu: 2002 waren es 29.771 Reisende, 2007 – 21.359 Reisende).

Quelle: *Entwicklung des Tourismus und der Hotelwirtschaft in der Republik Kasachstan, Agentur für Statistik der Republik Kasachstan, Serie 20, Innovation und Tourismus, 2009.*

**Tabelle 3: Anzahl der ausländischen Reisenden in Kasachstan nach Reisezweck\***

Reisezweck	Anzahl
Urlaub	21.092**
Besuch bei Freunden, Verwandten	6.603
Geschäftsreisen	480.684
Shopping	3.898
Andere (Kuren, Pilgerreisen)	30
Gesamt	512.307

\* (Anm.: erfasst in Hotels und anderen Beherbergungsstätten) (2009)

\*\* Diese Angaben stimmen nicht vollständig mit der Anzahl der von den Reisebüros erfassten Touristen (Tab. 2) überein, obwohl es sicherlich eine sehr große Schnittmenge gibt. »Ausreißer« übernachteten privat oder werden ggf. bei Barzahlung von den Beherbergungsstätten nicht ausgewiesen.

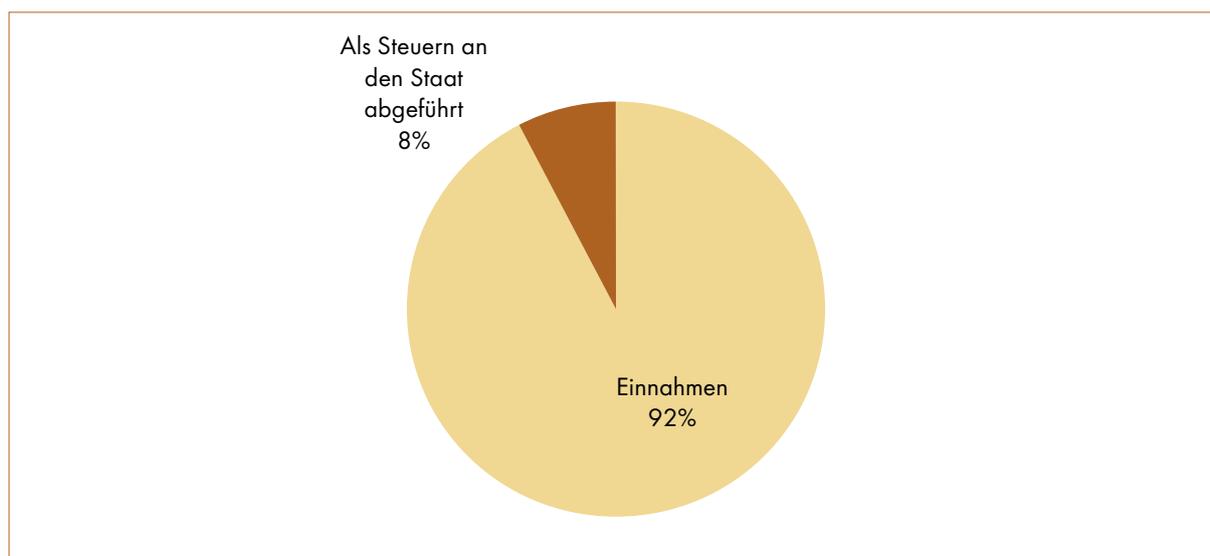
Quelle: Entwicklung des Tourismus und der Hotelwirtschaft in der Republik Kasachstan, Agentur für Statistik der Republik Kasachstan, Serie 20, Innovation und Tourismus, 2009.

**Tabelle 4: Einnahmen aus dem Tourismus (2009)**

	in Mrd. Tenge	in Mio. Euro
Einnahmen	98.536	492,8
Davon als Steuern an den Staat abgeführt	8.156	40,8

\* Ca. 60 % davon erwirtschaftet der Beherbergungssektor incl. Sanatorien, ca. 16 % Reiseveranstalter und -büros und nur 0,004 % die Schutzgebiete.

Quelle: Entwicklung des Tourismus und der Hotelwirtschaft in der Republik Kasachstan, Agentur für Statistik der Republik Kasachstan, Serie 20, Innovation und Tourismus, 2009.



## Analyse

## Über bürokratische Hürden zu Siebentausendern und Seidenstraße

### Tourismus in Tadschikistan

Von Sonja Bill, Coburg

#### Zusammenfassung

Tadschikistan, der kleinste und ärmste zentralasiatische Staat, überzeugt mit einer atemberaubenden Hochgebirgslandschaft und faszinierenden Kulturstätten. Doch sind sie von westlichen Touristen noch weitgehend unentdeckt. In den 1990er Jahren waren es vor allem durch den Bürgerkrieg ausgelöste Sicherheitsbedenken sowie die schlechte Anbindung des Landes an den internationalen Luftverkehr, die es westlichen Individualtouristen schwer machten. Heute stellen bürokratische Hemmnisse, wie Sondergenehmigungen für den Besuch der Pamir-Region oder für Ausländer geschlossene Grenzübergänge sowie eine vielfach noch schlechte Infrastruktur die Hauptprobleme dar. Staatliche tadschikischen Institutionen und zunehmend auch internationale Organisationen sind aber ständig um Verbesserungen bemüht.

»Rohi Safed!« (Gute Reise!), heißt es auf vielen Plakaten entlang tadschikischer Straßen. Und ja, Tadschikistan hat Touristen einiges zu bieten: Der mit knapp 7.500 m höchste Berg der ehemaligen Sowjetunion, der vielen noch als Pik Kommunism bekannte Pik Ismoil Somoni, liegt inmitten anderer Sechs- und Siebentausender in Tadschikistan. Er lockt erfahrene Bergsteiger, aber auch weniger ambitionierte Wanderer finden im Fan-Gebirge und Pamir reizvolle Ziele. Zahlreiche Kulturstätten des Islam und des Buddhismus, Festungen aus der Zeit Alexanders des Großen und Orte, die an den Geist der Seidenstraße und die abwechslungsreiche Geschichte des Landes erinnern, warten auf Reisende. In Tadschikistan taucht man ein in eine muslimische Kultur mit deutlich erkennbaren sowjetischen Einflüssen – eine Mischung, die nicht nur für Linguisten und Kulturwissenschaftler interessant ist.

Neben dem Dach der Welt, dem Pamir, ist das Serafschan-Tal die beliebteste Urlaubsregion in Tadschikistan. Es ist eines der historischen Zentren menschlicher Besiedlung in Zentralasien, durch das eine Route der legendären Seidenstraße führte. Wanderungen durch das Hochgebirge bieten sich an, Wildtierbeobachtungen (zum Beispiel des bekannte Marco-Polo-Schafs, der Schraubenziege, von Bart- und Schneegeier und in seltenen Fällen auch des Schneeleoparden) in Schutzgebieten oder eine Kameltour auf den Spuren der Seidenstraße mit Blick auf den afghanischen Hindukusch bleiben unvergessen. Ganz zu schweigen von den zahlreichen heißen Quellen, den bunten Basaren, dem frischen Fladenbrot und den getrockneten Aprikosen. Für Geschäftsreisende mit knappem Zeitbudget bieten sich rund um die Hauptstadt Duschanbe schöne Ausflugsmöglichkeiten: Etwa der Nurek-Stausee mit dem dortigen Wasserkraftwerk und dem bislang höchsten Schüttdamm der Welt, eine Wanderung in die nahe

Varsobschlucht oder nach Hissar, den Überresten einer Festung aus den Zeiten des Emirats von Buchara.

Mit all diesen Sehenswürdigkeiten kann Tadschikistan überzeugen. Das touristische Potential des kleinen Hochgebirgslandes ist groß. Das ist nicht neu: Die kleine Unionsrepublik war schon bei sowjetischen Alpinisten überaus beliebt. In den Pamir führten zahlreiche Expeditionen und Sommerlager lockten vor allem in den 1960er und 1970er Jahren in das Serafschan-Tal nahe der heutigen usbekischen Grenze. Tadschikistan versucht an diese touristische Tradition anzuknüpfen und vieles hat sich in den letzten Jahren zu Gunsten auch der westlichen Reisenden verändert. In der Hauptstadt und größeren Städten wie Chudschand und Chorog entstanden komfortable Hotels. Zahlreiche private Gasthäuser eröffneten, besonders entlang des Pamir-Highways (M41) und im Serafschan-Tal. Der Zustand der Pass- und Überlandstrassen, die Anbindung der touristischen Regionen an die großen Städte, ist durch meist von China finanzierte Straßenbauprojekte deutlich besser geworden. Wurde vor zehn Jahren noch über die unzureichende und kostspielige Erreichbarkeit des Landes für Touristen geklagt, so gibt es heute relativ günstige Flüge etablierter Airlines z. B. via Istanbul sowie im Billigflugsegment via Riga. Von Deutschland (Frankfurt) führt außerdem seit 2009 wieder ein Direktflug einer neuen tadschikischen Fluggesellschaft nach Duschanbe. Dennoch lag Tadschikistan bisher in der touristischen Entwicklung weit hinter seinem Nachbarn Kirgistan, Experten schätzen den Entwicklungs-rückstand auf etwa zehn Jahre.

#### Steigendes Interesse bei Touristen und Reiseveranstaltern

Tadschikistan ist seit dem Ende der 1990er Jahre wieder ein sicheres Reiseland und eignet sich besonders

für Individualreisende (Rucksacktouristen) und Rundreisende durch Zentralasien. Die schönste Route führt vom usbekischen Samarkand durch das Serafschan-Tal nach Duschanbe und dann weiter über den Pamir, das Dach der Welt, nach Kirgistan. Neben Bergsteigern und Rundreisenden erfreut sich Tadschikistan auch bei Extremradsportlern steigender Beliebtheit. Mehrere deutsche Reiseveranstalter haben das Land mittlerweile in ihr Programm aufgenommen.

Aussagekräftige Angaben über die Zahl ausländischer Touristen sind nicht leicht zu finden. Zahlen des Komitees für Jugend, Sport und Tourismus veröffentlichte im Mai die tadschikische Zeitung Asia Plus unter Vorbehalt. Im ersten Quartal 2010 besuchten 49.000 Ausländer Tadschikistan, darunter 6.700 Geschäftsreisende und 3.000 Touristen. Geht man jedoch davon aus, dass das Winterquartal für den Tourismus weniger eine Rolle spielt, fehlt es den Zahlen an Aussagekraft. Die Organisation Sajeck schätzte für 2003, dass etwa 1.500 Touristen das Land zum Wandern und Bergsteigen besuchten. Dies würde für eine sehr deutliche und erfreulich steigende Tendenz sprechen. Nach mündlichen Angaben des Komitees für Jugend, Sport und Tourismus wurden im letzten Jahr (2009) insgesamt weltweit für Tadschikistan etwa 40.000 Touristenvisa ausgestellt.

### **Staatliche und entwicklungspolitische Bemühungen im Tourismusbereich**

Das seit Jahren steigende Engagement internationaler Organisationen im Tourismusbereich unterstreicht die Bedeutung dieser Branche für Tadschikistan. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Welthungerhilfe, die Aga-Khan-Stiftung, die Soros Foundation oder die französische Organisation ACTED sind nur einige unter ihnen. Tourismusunternehmen werden unterstützt, Bergführer ausgebildet, die Ausarbeitung von Wanderkarten und -routen finanziert und traditionelle Kunsthandwerker, die sich auf die Herstellung von Souvenirs spezialisieren, beraten.

Dass der Tourismus in Tadschikistan Potential hat, ist auch den staatlichen Einrichtungen bewusst geworden, denn besonders in den ärmeren Bergregionen kann er dazu beitragen, direktes Einkommen generieren. Die Wirtschaftskrise in Russland hat weitere Einbrüche für die Arbeitsmigranten aus Tadschikistan und ihre Familien gebracht. Das Land braucht dringend Arbeitsplätze und der Tourismus könnte zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein ausgebaut werden. Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Ber-

lin war Tadschikistan 2010 mit 20 Unternehmen präsenter denn je.

Einen weiteren Schritt in die richtige Richtung machte Tadschikistan 2008 mit dem Beitritt in die UNWTO, die World Tourism Organization. Die UNWTO unterstützt unter anderem die Implementierung der UNO-Millenniumsziele, indem durch Pilotprojekte im Tourismusbereich die Armutsbekämpfung forciert werden soll. Eine weitere Zusammenarbeit ist geplant. Taleb Rifai, der Generalsekretär der UNWTO, äußerte sich laut Asia Plus bei einem Besuch in Tadschikistan im Mai 2010 positiv über das Potential des Landes, auf eine fruchtbare Zusammenarbeit bleibt zu hoffen. Mehrere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit bemühen sich außerdem zurzeit gemeinsam mit staatlichen Einrichtungen um die Gründung eines National Tourism Board, das das Land einheitlich vermarkten soll.

### **Bürokratische und infrastrukturelle Hemmnisse**

Ein bürokratisches Hindernis ist die für einen Aufenthalt im Pamir, d. h. in der Autonomen Region Gorno-Badachschan (GBAO), erforderliche Extragenehmigung (zusätzlich zum Visum). Das Dach der Welt, der Pamir, ist die von Touristen am stärksten frequentierte Region Tadschikistans. Grundsätzlich lässt sich die GBAO-Genehmigung mit dem Visum (bei Antragstellung in Berlin) einfach und kostenlos beantragen, dies wird aber häufig übersehen. Auf die Frage nach den voraussichtlichen Reisezielen muss hier die Region Gorno-Badachschan eingetragen werden, dann erhält der Reisende die GBAO-Genehmigung (einen blauen Stempel) automatisch. Vor Ort ist die Genehmigung mit einem mehrstündigen oder gar eintägigen Aufwand verbunden. Problematisch ist außerdem, dass weitere touristisch interessante Gebiete im Pamir neben der GBAO-Genehmigung zusätzlich einer weiteren Sondergenehmigung bedürfen (etwa der Besuch der spektakulären Seen Sares und Sorkul), die nur vor Ort (Chorog) beantragt werden kann.

Den Tourismus hemmen zusätzlich für westliche Ausländer geschlossene Grenzübergänge, so ist der direkte Übergang nach China nicht möglich. Auch das Garmtal (Raschtal) östlich der Hauptstadt wird selten von Touristen besucht, da die Weiterreise nach Kirgistan bei Dschirgatal Ausländern bislang verwehrt wird. Die Grenze nach Kirgistan im Pamir ist trotz der derzeit instabilen Lage im Nachbarland zwar für Touristen geöffnet, vor einer Weiterreise sollte man sich jedoch umfassend über die aktuelle Sicherheitslage informieren.

Selbst Mitarbeitern von internationalen Organisationen wird aktuell von einer Einreise nach Kirgistan abgeraten.

Ein Meilenstein bei der Verbesserung der Bedingungen für Individual-, Gruppen- und Transitreisende ist hingegen die Abschaffung der Registrierungspflicht bei einem Aufenthalt unter 30 Tagen. Die Registrierungspflicht schreckte viele Reisende bislang aufgrund des bürokratischen Aufwands ab. Der stellvertretende Tourismusminister, Lochin Faisullojew, kündigte außerdem auf der ITB 2010 eine Verkürzung der Visa-Bearbeitungsfrist an. Von nun an sollen Visa innerhalb von vier Tagen ausgestellt werden und nicht mehr als 25 US-Dollar kosten. Leider teilt die tadschikische Botschaft in Berlin aber mit, dass die Bearbeitungsfrist (vorläufig) wieder auf sieben Tage verlängert wurde und auch die Preise nicht gesenkt wurden. Das zeigt einmal mehr, dass sich Tadschikistan zwar auf dem richtigen Weg befindet, dieser jedoch so holprig und uneinheitlich ist wie bislang viele Straßen im Land. Denn auch die Infrastruktur lässt noch etliche Wünsche offen und ist bislang alles andere als komfortabel. Wer nach Tadschikistan reist, muss sich auf steinige Serpentinien und besonders im Winter und Frühjahr wegen Erdbeben, Schnee etc. für Tage gesperrte Straßen gefasst machen. Auch auf die innertadschikischen Flugverbindungen (besonders die Flugroute Duschanbe-Chorog) ist wetterbedingt nicht immer Verlass. Öffentliche und vor allem private Fortbewegungsmittel (Sammeltaxis, Busse, Kleinbusse und Sammelseeps) gibt es jedoch meist ausreichend.

## Verhaltensregeln

Wenn man über diese bürokratischen und infrastrukturellen Hindernisse hinwegsieht und einige Verhaltensregeln einhält, wird man dafür mit einer sagenhaften Gastfreundschaft belohnt. Die Einheimischen ermöglichen vor allem auf dem Land schnell faszinierende Einblicke in ihren Alltag und ihre Kultur. Besucher sollten sich allerdings auf kulturelle Unterschiede und einige Verhaltensregeln einstellen. Dazu gehört, dass Moscheen auf dem Land nur nach Erlaubnis besichtigt werden dürfen. Frauen ist der Zutritt manchmal nicht gestattet, ebenso unangebracht ist das Tragen von freizügiger Kleidung. Im Pamir steht der Aga Khan, das geistliche Oberhaupt der dortigen, überwiegend ismailitischen Bevölkerung, außer jeder Kritik. Zwar wird man allorts zum Tee (das bedeutet zum Essen und Trinken) eingeladen und eine Bezahlung wird verbal abgelehnt, Reisende sollten sich jedoch bemühen unauffällig einen Dank zukommen zu lassen, z. B. in dem sie ihn unter den Dastarchan, die Tischdecke, zu schieben. Auf dem Land sind viele Bewohner zwar auf jeden Somoni angewiesen, doch verbieten die traditionellen Regeln ihnen, von Gästen Geld zu verlangen.

Beherzigt man diese Ratschläge, gilt: Tadschikistan ist eine Reise wert, die Infrastruktur für Touristen verbessert sich zusehends und das Land bietet einmalige Einblicke in die Geschichte und Kultur Zentralasiens. Rohi Safed!

### *Über die Autorin:*

Sonja Bill studierte Russisch und Osteuropastudien in Würzburg, Regensburg und München. Bis Ende 2008 arbeitete sie für den Deutschen Entwicklungsdienst in Duschanbe und schrieb dann den ersten deutschsprachigen Reiseführer über Tadschikistan. Heute arbeitet sie als freiberufliche Autorin und Journalistin.

### *Lesetipps:*

- Sonja Bill, Tadschikistan. Zwischen Duschanbe und dem Dach der Welt, Berlin 2010;
- Robert Middleton, Thomas Huw, Tajikistan and the High Pamirs, Hong-Kong 2008;
- Markus Hauser, The Pamirs (2008), Southern Tajikistan (2009), Northern Tajikistan (2009), Touristenkarten, jeweils 1:500.000, [www.geckomaps.com](http://www.geckomaps.com);
- [http://www.botschaft-tadschikistan.de/Unterseiten\\_Tourismus.html](http://www.botschaft-tadschikistan.de/Unterseiten_Tourismus.html) (Website der Botschaft Tadschikistans in Deutschland);
- <http://tdc.tj/> (Tourism Information Portal of Tajikistan);
- <http://www.ztda-tourism.tj/en> (Zerafshan Tourism Development Agency).

## Analyse

## Ethnonationalismus in Kirgistan

### Die Ereignisse im Juni 2010

Von Judith Beyer, Halle/Saale

#### Zusammenfassung

In Kirgistan ist seit der Unabhängigkeit unter wechselnden Regierungen ein Staat errichtet worden, der sich an der Sprache, an imaginierten Ursprüngen, an der neu geschriebenen Geschichte und an als »typisch kirgisch« verstandenen Werten und Traditionen orientiert. Andere ethnische Gruppen werden geduldet, aber nicht aktiv in den Prozess der Nationswerdung einbezogen. Der Konflikt zwischen ethnischen Kirgisen und ethnischen Usbeken im Juni 2010 geht daher nach Ansicht der Autorin nicht auf weit in der Vergangenheit liegende historische Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen oder die Problematik der Grenzziehung in der Sowjetzeit zurück. Das Problem liegt vielmehr darin, dass in den letzten zwanzig Jahren kirgisische Ethnizität zum Hauptmarker kirgisischer Staatlichkeit gemacht wurde.

Im Juni dieses Jahres wurde der Süden Kirgistans von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken erschüttert, bei denen viele Menschen zu Tode kamen und große Teile der Städte Osch und Dschalalabad sowie zahlreiche weitere Orte zerstört wurden. Die Todesopfer der Gewalt, die nur langsam abebbte, wurden zunächst von der Übergangsregierung auf bis zu 2.000 Menschen geschätzt. Diese Zahl wurde seither nach unten korrigiert, doch immer noch fehlen verlässliche Angaben. Internationale wie auch lokale Menschenrechtsorganisationen berichten, dass vor allem ethnische Usbeken Opfer der Gewalt waren. Aber auch ethnische Kirgisen flohen aus den Städten aufs Land oder in den Norden Kirgistans. Auch sie verloren ihre Häuser, wurden angeschossen oder getötet. Augenzeugen schilderten Erschießungen, Massenvergewaltigungen, Geiselnahmen und gezielte Verstümmelungen. Die usbekische Bevölkerung hatte zu ihrem Schutz vor Angriffen »SOS« an ihre Hauswände und auf die Dächer geschrieben. Andere Wohnhäuser und Läden waren mit dem Wort »Kirgisisch« versehen. Immer wieder sah man Parolen wie »Usbeke stirb«. Die Übergangsregierung wirkte angesichts der Situation hilflos und erstarrt. Ihr Aufruf an Russland, dem Land beizustehen und Truppen zu senden, verhallte ungehört. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew und sein usbekischer Amtskollege Islam Karimow waren sich darin einig, dass es sich um eine innere Angelegenheit des kirgisischen Staates handele. Über 75.000 ethnische Usbeken, meist Frauen, Kinder und Alte, flüchteten vor der Gewalt in das benachbarte Usbekistan und wurden dort von der usbekischen Regierung in Flüchtlingscamps aufgenommen. Die meisten von ihnen trafen am Vortag des Verfassungsreferendums, das für den 27. Juni angesetzt war,

wieder in Kirgistan ein und kehrten zu den zurückgebliebenen Familienvätern zurück, die sich verbarrickadiert und teilweise bewaffnet hatten. Aus ihren Wohnvierteln trauten sich nur die wenigsten: zu viele Berichte gab es darüber, dass ethnische Usbeken von ihrer Suche nach internationalen Hilfsgütern, die den Süden des Landes langsam erreichten, nicht mehr zurückgekehrt seien oder dabei von »Leuten in Uniform« abgewiesen, beleidigt oder misshandelt wurden. Die Wahlbeteiligung am Tag des Verfassungsreferendums, das trotz des Konflikts durchgeführt wurde, fiel daher im Süden des Landes am geringsten aus. Die Wahl fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen statt – ungefähr 8.000 Polizisten und 12.000 freiwillige Helfer waren landesweit im Einsatz. 70 % der insgesamt 2,7 Millionen Wahlberechtigten gingen an die Urnen und 90 % von ihnen stimmten für die neue Verfassung. Die höchste Zustimmungsrate wurde aus den nördlichen Gebieten des Landes gemeldet. Rosa Otunbajewa legte am 3. Juli ihren Amtseid als Präsidentin ab und stellte am 14. Juli ihre neue Regierung vor. Diese muss sich nicht nur mit der desolaten wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes auseinandersetzen, sondern vor allen Dingen die Ereignisse im Juni aufarbeiten. Doch worum ging es bei diesen Ereignissen eigentlich?

#### Ethnizität als Ursache der Gewalt?

In einer Regierungserklärung vom 16. Juni bezeichnete Rosa Otunbajewa die Gewalt in Südkirgistan als eine neue Art von Terrorismus, bei dem inter-ethnischer Konflikt als moderne Waffe zur Massenvernichtung eingesetzt worden sei. Für Otunbajewa und große Teile der Bevölkerung war bereits zu Beginn der Eskalation klar, dass Anhänger des Anfang April aus dem Amt gejag-

ten Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew die Verursacher des gegenwärtigen Konflikts seien. Diese versuchten nun gemeinsam mit organisierten Kriminellen den kirgisischen Staat zu destabilisieren, um mit aller Gewalt das für den 27. Juni angekündigte Referendum zu verhindern. Wenige Tage vor dem Urnengang legte der nationale Sicherheitsdienst des Landes eine Komplott-Theorie vor, der zufolge Bakijew und seine Familie mit der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und der Islamischen Dschihad-Union (IDU) einen Pakt abgeschlossen haben sollen. Unter anderem seien Taliban beauftragt worden, in Südkirgistan Gewalt auszulösen, indem gezielt Vertreter der beiden großen ethnischen Gruppen getötet wurden. Darüber hinaus macht der Sicherheitsdienst auch die Leiter der usbekischen Kulturzentren und einige Minister der alten Regierung verantwortlich. Die Behörde legte jedoch keinerlei Beweise für diese Behauptungen vor, und die Tatsache, dass sie in so kurzer Zeit mit einer derart detaillierten Darstellung aufwarten konnte, macht ihre Version der Ereignisse fragwürdig. Von den Vereinten Nationen wurde lediglich bestätigt, dass der Konflikt von Dritten geplant worden sei. Aber dennoch waren es die Bürger des Landes, die Schusswaffen, Stöcke oder Äxte ergriffen und aufeinander losgingen. In der Bevölkerung und den internationalen Medien sprach man von einem »ethnischen Konflikt«. Sogar von »Genozid« und »ethnischer Säuberung« war die Rede. Es wurden Parallelen zu Ruanda und Jugoslawien gezogen. Angesichts dieser dramatischen Darstellung scheint die größte Sorge der Übergangsregierung zu sein, dass ethnische Kirgisen einseitig als »Täter« dargestellt werden könnten. Sie hält daher an ihrer Komplotttheorie fest. Bakijew selber hatte bereits zu Beginn der Gewaltwelle in seinem selbst gewählten Exil in Weißrussland erklärt, er habe nichts mit der Sache zu tun. Am 15. Juli setzte Otunbajewa eine nationale Kommission ein, die nun herausfinden soll, was im Süden des Landes tatsächlich geschehen ist. Für viele außenstehende Beobachter ist jedoch bereits jetzt klar, dass Ethnizität nicht der Auslöser für, sondern eher das Mittel zur Eskalation war. Wie konnte es aber dazu kommen, dass ethnische Zugehörigkeit zurzeit das dominante Identifikationsmerkmal vieler Staatsbürger Kirgistans ist?

### Historische Hintergründe

Kirgisen und Usbeken blicken in Südkirgistan auf eine langjährige, komplexe und nicht immer unproblematische Beziehung zurück. Doch stets waren sie auch Nachbarn, Freunde und Kollegen. Momentan jedoch scheint das Identifikationsmerkmal »Usbeke« vs. »Kirgise« alle

anderen zu überlagern. Man kann die Ursache für die Ethnisierung des Konflikts in der weit zurückliegenden Vergangenheit suchen: in der Nationalitätenpolitik des zaristischen Russland oder der Sowjetunion. Über einen Zeitraum von hundertfünfzig Jahren wurden die zahlreichen Bevölkerungsgruppen Zentralasiens, die sich zuvor hauptsächlich durch ihre unterschiedlichen Lebensweisen und ihre Siedlungsräume voneinander unterscheiden, künstlich in ethnische Gruppen aufgeteilt. Nach dieser formalen Abgrenzung folgte in der Sowjetzeit die nationale Eingrenzung nach gemeinsamer Sprache, Territorium, Wirtschaftsform und »Mentalität.« Auch hier wurde auf das Selbstverständnis der Bevölkerung keine Rücksicht genommen. Die Stadt Osch und ihr Umland, die im Jahr 1924 zunächst Teil der Usbekischen Sowjetrepublik waren, wurden 1936 der Kirgisischen ASSR zugeschlagen, die erst durch diese Vergrößerung den Status einer Unionsrepublik erhalten konnte. Im Laufe der Jahrzehnte wanderten immer mehr, nun als ethnisch kirgisisch klassifizierte, Bewohner aus den ländlichen Regionen in die Städte. Ohne Wohnung oder eigenes Land sowie ohne soziale Netzwerke waren sie gegenüber der seit langem in Osch ansässigen Bevölkerung, die als ethnisch usbekisch klassifiziert worden war, im Nachteil. Die daraus entstehenden Spannungen, die auch in anderen Regionen Zentralasiens auftraten, wo lokale Identitäten durch ethnische und nationale Politik unterdrückt wurden, versuchte die sowjetische Führung durch die Losung »national in der Form, sozialistisch im Inhalt« zu lösen. Durch eine integrative Sprach- und Bildungspolitik mittels Russifizierung sollten kulturelle Differenzen nivelliert werden. Die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Sowjetbürger wurde betont. Allerdings wurde die Nationalitätenfrage nie gelöst. Im Jahr 1990 starben im sogenannten Osch-Konflikt 120 Menschen und Tausende wurden verletzt. Der damalige Konflikt zwischen Usbeken und Kirgisen war durch Landmangel, Arbeitslosigkeit, Siedlungsdruck sowie einen zunehmenden ethnischen Nationalismus ausgelöst worden. Er wurde bisher nicht aufgearbeitet, ist aber im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung weiterhin verankert und wird nun von den ethnischen Usbeken als Parallele zu den jetzigen Ereignissen herangezogen.

Genauso ungelöst sind die sozio-ökonomischen Probleme. Sowohl der erste Präsident Kirgistans, Askar Akajew, wie auch sein Nachfolger Bakijew verfolgten in erster Linie ihre eigenen finanziellen Interessen und versorgten eine umfangreiche Klientel mit Posten und Ressourcen. Sie wirtschafteten das zentralasiatische Land systematisch an den Rand des Ruins. Dies förderte den Unmut in der Bevölkerung – nicht nur gegen die

Regierung, sondern zunehmend auch gegen Mitglieder anderer ethnischer Gruppen, die oft stereotyp als »reicher« angesehen werden. So versank Kirgistan in den letzten Jahren in einer Spirale von politischen Machtkämpfen, Nepotismus, Korruption, Kriminalität und Armut. Große Teile der Bevölkerung regeln ihre Probleme und Konflikte mittlerweile eher unter sich, als dass sie Behörden kontaktieren, von denen sie keine Hilfe mehr erwarten. Wenn man kein Geld hat, um Staatsdiener zu bestechen, dann bekommt man ohne soziale Netzwerke heutzutage in Kirgistan nur schwer eine Arbeit, ein offizielles Dokument oder gute Schulnoten. Aber auch hier sind Kirgisen weitaus besser aufgestellt als Mitglieder der weiteren achtzig registrierten ethnischen Gruppen des Landes, die oft im Berufsleben und im Alltag diskriminiert werden.

Doch auf die historischen Hintergründe des gegenwärtigen Konflikts zu verweisen um ethnische Animositäten zwischen zwei Bevölkerungsgruppen zu erklären, die als solche erst vor einem Jahrhundert geschaffen wurden, trägt einem Hauptkriterium ethnischer Identifikation nicht genügend Rechnung: Ethnische Unterschiede müssen kontinuierlich gepflegt worden sein, damit sich heute »Usbeken« und »Kirgisen« gegenüberstehen können. Nicht die Vergangenheit ist somit der Schlüssel zum Verständnis dafür, warum Gewalt in Kirgistan ethnisiert wird, sondern die unmittelbare Gegenwart.

### Die genealogische Konstruktion des kirgisischen Staates

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 haben sich die verschiedenen Regierungen einer ethno-nationalistischen Ideologie verschrieben. Wie in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken orientierte sich die Nationsbildung hauptsächlich an der Titulnation. Die meisten öffentlichen Ämter wurden mit ethnischen Kirgisen besetzt, so auch bei Militär und Polizei. Die Geschichte Kirgistans wurde neu geschrieben und auf die Geschichte der ethnischen Kirgisen reduziert. Diese richtet sich vor allem am Epos »Manas« aus, benannt nach dem mythischen Volkshelden und Kriegsführer, auf den sich die Kirgisen als einigenden Vorfahren berufen. Die neue post-sowjetische Identität des kirgisischen Staates ist somit eng an genealogische Konstruktionen gekoppelt und schließt Nicht-Kirgisen aus. Viele ethnische Kirgisen berufen sich auf die kriegerische Vergangenheit ihres »Volkes« und ziehen hieraus einen gewissen Stolz gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Als im April Präsident Bakijew aus dem Amt gejagt wurde, war es für die ethnischen Kirgisen kein Wunder, dass die Proteste in der Provinz Talas begonnen hatten: Talas wird als der

Geburtsort von Manas betrachtet, und die Menschen dort erzählen besonders gerne, dass die Kirgisen ein unbändiges »Kriegervolk« seien. Mitte Juni setzten sich zahlreiche Fahrzeuge mit jungen kirgisischen Männern aus den nördlichen Regionen in Bewegung, um in den Konflikt im Süden aktiv einzugreifen. Es liegt somit auf der Hand, dass bei einer umfassenden Analyse dieser Ereignisse nicht nur historische Vorbedingungen, sondern auch Sozialisation, Gender-Rollen und eine Verherrlichung von Gewalt zu berücksichtigen sind. Diese mag es auf Seiten der ethnischen Usbeken ebenso gegeben sein, allerdings stellen die Kirgisen auch im Süden mittlerweile die größte Bevölkerungsgruppe.

### Die gleichen Fehler

Seit dem Bestehen des postsowjetischen kirgisischen Staats hat es kaum Bemühungen gegeben, eine plurale, auf Integration aller Bevölkerungsgruppen basierende Gesellschaft zu fördern. Dies ist Ausdruck politischer Kurzsichtigkeit und darauf zurückzuführen, dass es ethnische Kirgisen sind, die Politik und Gesetze machen und sie selbst davon ausgehen, dass Kirgistan das Land der Kirgisen ist. Trotz ihrer Rhetorik des »harmonischen Zusammenlebens« haben die wechselnden Regierungen Kirgistans einen Staat errichtet, der sich an der Sprache, den imaginierten Ursprüngen, der neu geschriebenen Geschichte und den als »typisch kirgisisch« verstandenen Werten und Traditionen orientiert. Andere Nationalitäten werden nur geduldet, solange sie die »Gastfreundschaft« der Titulnation zu schätzen wissen. Wenn Otunbajewa zunächst vom »Volk der Kirgisen« redete und erst explizit von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land aufgefordert werden musste, vom »kirgistanischen Volk« zu sprechen, verrät dies, dass auch sie im Prinzip ethnonationalistisch denkt. Dies zeigte sich zum Beispiel während der staatlichen Trauerfeier zum Gedenken an die Opfer vom 7. April. Die Toten, so das offizielle Narrativ der Übergangsregierung, seien »kirgisische Helden« und wären für »die Kirgisen« gestorben. Nicht-kirgisische Bürger wurden somit von der Trauer ausgeschlossen. In den folgenden Tagen tauchten am Zaun des Weißen Hauses immer mehr Plakate auf, auf denen Trauer im Namen weiterer ethnischer Gruppe bekundet wurde – durch Dunganen, Uiguren oder Koreaner. Im Angesicht des Blutvergießens war es anscheinend nicht möglich, seine Trauer einfach als Staatsbürger zum Ausdruck zu bringen. Bis die anderen Volksgruppen nachzogen, blieb dies eine Angelegenheit der ethnischen Kirgisen allein.

Nach den aktuellen Ereignissen im Süden des Landes versucht die Interimsregierung nun, eine neue Meta-

ebene herzustellen, auf der die in der Bevölkerung gefühlten Unterschiede zwischen »Usbeken« und »Kirgisen« nivelliert werden können. Um eine weitere Eskalation entlang ethnischer Linien einzudämmen, ließ die Interimsregierung während des Konflikts im Süden des Landes Flugblätter verbreiten, in denen daran erinnert wurde, dass Usbeken und Kirgisen »Brüder« seien und man einander verzeihen solle. Der Mufti von Bischkek und Omurbek Tekebajew, der stellvertretende Premier der bis Mitte Juli amtierenden Übergangsregierung, appellierten an die Bewohner des Landes, dass alle Kirgisen und Usbeken »Kinder des Islams« seien. Doch weder die sowjetische Rhetorik des brüderlichen Zusammenlebens noch der Verweis auf eine gemeinsame Religion bieten momentan plausible alternative Identifikationsmodelle. Zum einen, weil in der Sowjetunion Muslim-Sein ein Indikator für und keine Alternative zur ethnischen Identität war; zum anderen, weil der Ethnonationalismus der letzten zwanzig Jahre nicht-ethnische Kirgisen systematisch ausgegrenzt hat. Ethnologische Forschungen in Südkirgistan haben gezeigt, dass sich auch aus diesem Grund ethnische Usbeken in Kirgistan zunehmend an der nationalen Staatsideologie des usbekischen Präsidenten Islam Karimow orientieren. Während sie in den letzten Jahren die Auswanderung nach Usbekistan aufgrund der dortigen repressiven Politik nicht in Erwägung gezogen haben, werden die aktuellen Geschehnisse ihre Einstellung dazu maßgeblich verändern. Es ist allerdings fraglich, ob es in der usbekischen Nation einen Platz für sie geben wird. Die Tatsache, dass alle Flüchtlinge am Vortag des Verfassungs-

referendums wieder zurück nach Kirgistan geschickt wurden, deutet auch darauf hin, dass sie in Usbekistan nicht willkommen sind.

Während im Juni 2010 Ethnizität somit nicht der Auslöser für, sondern das Mittel zur Gewalt war, besteht nun die Gefahr, dass sich die Spannungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen vergrößern. Der neu angenommene Verfassungstext, der von westlichen Verfassungsexperten zum großen Teil positiv bewertet wurde, sagt nichts darüber aus, wie das Zusammenleben der über achtzig ethnischen Gruppen im Land geregelt werden soll. Aus den Artikeln lassen sich zum Beispiel keinerlei Veränderungen für den Status der ethnischen Usbeken im Land ableiten. Weder ist Usbekisch als offizielle Sprache anerkannt, wie es seit langem von großen Teilen der usbekischen Minderheit gefordert wird, noch werden ethnischen Gruppen politische Repräsentation in staatlichen Institutionen über eine Quotenregelung zugesichert. Ethnische Minderheiten werden im Verfassungstext nicht erwähnt. In mehreren Artikeln heißt es in der neuen Version jedoch, dass niemand aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden darf. Doch dass sich aus dieser Bestimmung auch tatsächlich eine neue Handhabung von Ethnizität im Lande entwickelt, darf ohne weitergehende Bemühungen der Regierung und zivilgesellschaftlicher Institutionen nicht erwartet werden. Die aktuellen Verhaftungen von hauptsächlich ethnischen Usbeken in Kirgistan weisen nicht darauf hin, dass die nun amtierenden Politiker aus den vergangenen Fehlern gelernt haben.

#### *Über die Autorin:*

Dr. Judith Beyer ist Ethnologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe »Rechtspluralismus« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale. Sie forscht seit zehn Jahren in und zu Kirgistan und hielt sich während des Konflikts in der nördlichen Provinz Talas zu einer Feldforschung auf.

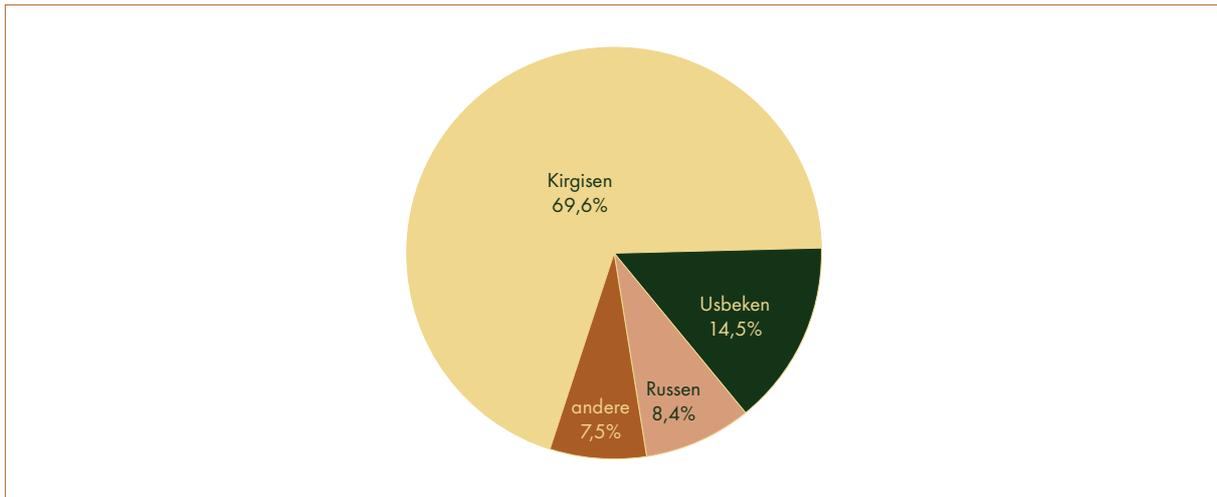
#### *Lesetipps:*

- Madeleine Reeves, Getting To The Roots Of Resentment In Kyrgyzstan, Radio Free Europe / Radio Liberty, July 04, 2010, = [http://www.rferl.org/content/Getting\\_To\\_The\\_Roots\\_Of\\_Resentment\\_In\\_Kyrgyzstan/2090331.html](http://www.rferl.org/content/Getting_To_The_Roots_Of_Resentment_In_Kyrgyzstan/2090331.html)
- Boris Petric, Kyrgyz and Uzbeks in Osh: Just another local interethnic conflict?, Ferghana.ru, Central Asia News, 20.6.2010, = <http://enews.ferghana.ru/article.php?id=2642>
- Authorities Targeting Uzbeks for Abuse in Southern Kyrgyzstan, Eurasianet, July 19, 2010, = <http://www.eurasianet.org/node/61554>

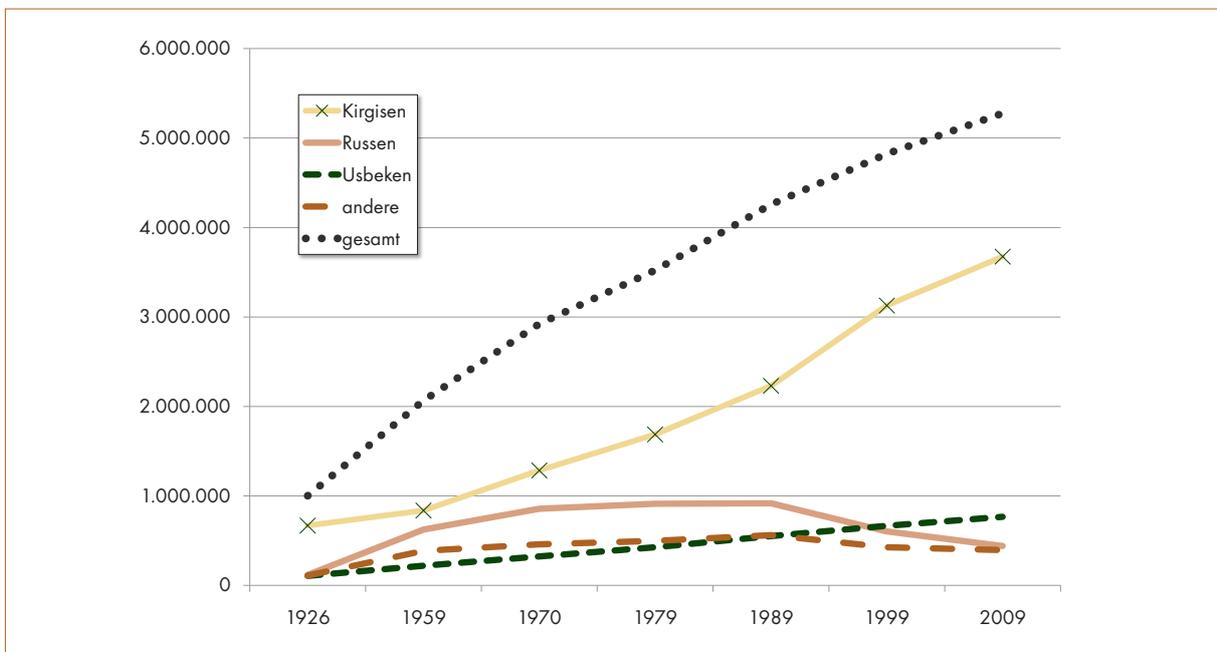
Tabellen und Grafiken zum Text

## Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Kirgistans

### Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der Kirgisischen Republik 2009



### Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der Kirgisischen ASSR/SSR/der Kirgisischen Republik 1926–2009



Quellen: Kirgisskaja Sowetskaja Sozialistitscheskaja Respublika. Enziklopedija, Frunze 1982, S. 100; Volkszählungen der UdSSR, Ergebnisse für die Kirgisische SSR 1959–1989, <http://www.demoscope.ru/weekly/2005/0197/analit04.php/>; Nationales Statistisches Komitee der Kirgisischen Republik, <http://www.stat.kg/rus/part/census.htm>

Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der Kirgisischen ASSR/SSR/der Kirgisischen Republik in offiziellen Zahlen der Volkszählungen (1926–2009)

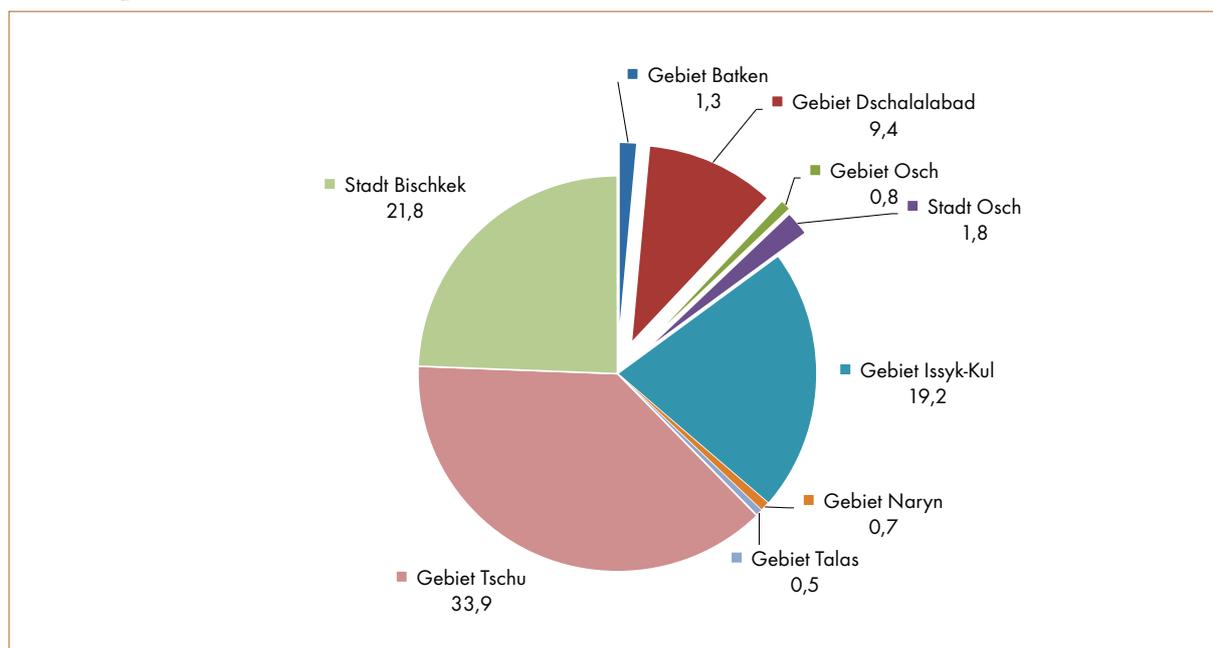
	1926 (absolut)	1926 (in Prozent)	1959 (absolut)	1959 (in Prozent)	1970 (absolut)	1970 (in Prozent)	1979 (absolut)	1979 (in Prozent)	1989 (absolut)	1989 (in Prozent)	1999 (absolut)	1999 (in Prozent)	2009 (absolut)	2009 (in Prozent)
Kirgisen	668.679	66,7	836.831	40,5	1.284.773	43,8	1.687.382	47,9	2.229.663	52,4	3.128.147	64,9	3.674.395	69,6
Russen	116.810	11,7	623.562	30,2	855.935	29,2	911.703	25,9	916.558	21,5	603.201	12,5	439.860	8,4
Usbeken	106.283	10,6	218.640	10,6	322.638	11,4	426.194	12,1	550.096	12,9	664.950	13,8	766.691	14,5
Ukrainer	64.172	6,4	137.031	6,6	120.081	4,1	109.324	3,1	108.027	2,5	50.442	1	22.905	0,4
Uiguren	8.179	0,8	13.757	0,7	24.872	0,8	29.817	0,8	36.779	0,9	46.944	1	51.899	1
Tadschiken	7.074	0,7	15.221	0,7	21.927	0,7	23.209	0,7	33.518	0,8	42.636	0,9	48.502	0,9
Dunganen	6.004	0,6	11.088	0,5	19.837	0,7	26.661	0,8	36.928	0,9	51.766	1,1	61.170	1,2
Tataren	4.902	0,5	56.266	2,7	69.373	2,4	72.018	2	72.992	1,7	45.503	0,9	33.848	0,7
Deutsche	4.285	0,4	39.915	2	89.834	3,1	101.057	2,9	101.309	2,4	21.471	0,4	11.128	0,2
Kasachen	1.749	0,2	20.067	1	21.998	0,7	27.142	0,8	37.318	0,9	42.657	0,9	38.603	0,7
andere	13.587	1,4	93.439	4,6	91.537	3,1	108.035	3	134.567	3,1	125.221	2,6	127.091	2,4
<b>gesamt</b>	<b>1.001.697</b>	<b>100</b>	<b>2.065.837</b>	<b>100</b>	<b>2.932.805</b>	<b>100</b>	<b>3.522.832</b>	<b>100</b>	<b>4.257.755</b>	<b>100</b>	<b>4.822.938</b>	<b>100</b>	<b>5.276.092</b>	<b>100</b>

Quellen: Kirgisskaja Sowetskaja Sozialistitscheskaja Respublika. Enziklopedija, Frunze 1982, S. 100; Volkszählungen der UdSSR, Ergebnisse für die Kirgisische SSR 1959–1989, <http://www.demoscope.ru/weekly/2005/0197/andlit04.php/>; Nationales Statistisches Komitee der Kirgisischen Republik, <http://www.stat.kg/rus/part/census.htm>

## Ausgewählte makroökonomische Indikatoren für die Gebiete Kirgistans

Industrieproduktion in Mrd. Som (1994, 2000 und 2008) nach Gebieten

### Industrieproduktion in Mrd. Som 2008 nach Gebieten



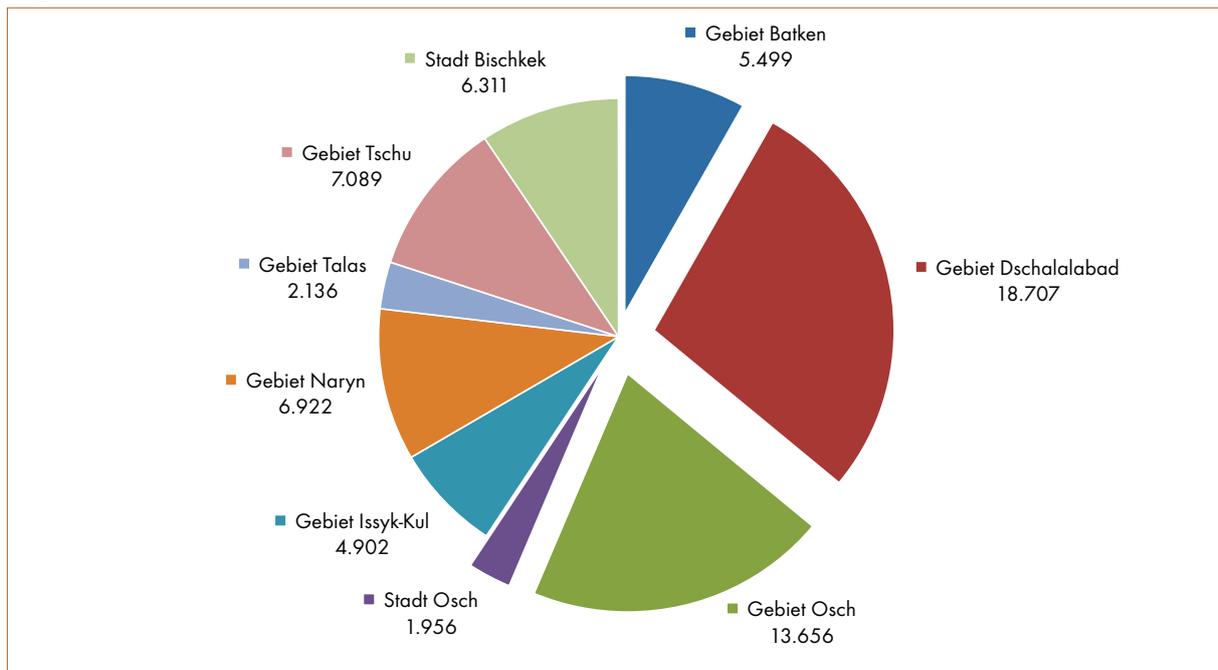
### Industrieproduktion in Mrd. Som (1994, 2000 und 2008) nach Gebieten

	1994	2000	2008
Kirgistan	7,4	41,4	89,2
davon Südkirgistan:			
Gebiet Batken		1	1,3
Gebiet Dschalalabad	2	10,1	9,4
Gebiet Osch	1,3	0,4	0,8
Stadt Osch		0,7	1,8
und Nordkirgistan:			
Gebiet Issyk-Kul	0,2	9,5	19,2
Gebiet Naryn	0,08	0,5	0,7
Gebiet Talas	0,07	0,2	0,5
Gebiet Tschu	2,1	12,9	33,9
Stadt Bischkek	1,6	6,1	21,8

Quelle: Nationales Statistisches Komitee der Kirgisischen Republik, <http://www.stat.kg/rus/part/prom.htm>

Registrierte Arbeitslose nach Gebieten (2004 und 2008)

Registrierte Arbeitslose nach Gebieten 2008



Registrierte Arbeitslose nach Gebieten (2004 und 2008)

	2004	2008
Südkiргistan:		
Gebiet Batken	5.701	5.499
Gebiet Dschalalabad	9.985	18.707
Gebiet Osch	10.608	13.656
Stadt Osch	1.532	1.956
Nordkiргistan:		
Gebiet Issyk-Kul	5.032	4.902
Gebiet Naryn	7.972	6.922
Gebiet Talas	1.766	2.136
Gebiet Tschu	8.057	7.089
Stadt Bischkek	7.536	6.311

Quelle: Nationales Statistisches Komitee der Kirgisischen Republik, <http://www.stat.kg/rus/part/trud.htm>

**Dokumentation****Auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie?****Auszüge aus der neuen Verfassung der Kirgisischen Republik**

Am 27. Juni 2010 haben die Bürger der Kirgisischen Republik in einem Referendum eine neue Verfassung angenommen, die in Reaktion auf den Machtmissbrauch der bisherigen Präsidenten Parlament und Regierung mehr und dem Präsidenten entsprechend weniger Vollmachten gibt.

Das Verfassungsprojekt ist in erstaunlichem Tempo erarbeitet und in Kraft gesetzt worden, da die Übergangregierung unter Legitimationsdruck stand. Am 7. April wurde Kurmanbek Bakijew aus dem Weißen Haus vertrieben, am 15. April erklärte er seinen Rücktritt und verließ das Land. Unmittelbar danach begannen Verfassungsspezialisten mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung, über die die Bevölkerung am 27. Juni abstimmen sollte. Die erste Vorstellung des Projektes fand schon am 25. April statt, fünf Tage später bildete die Regierung einen Verfassungsrat, in dem das Projekt und Veränderungsvorschläge diskutiert werden sollten. Und die gab es reichlich. Politische Parteien, NGOs und Einzelpersonen forderten Änderungen einzelner Passagen oder gleich des ganzen Projekts und lieferten sich heftige öffentliche Debatten. Schon am 24. Mai beschloss der Verfassungsrat aber letzte Änderungen. Ab Anfang Juni wurde der Text des Projektes auf Kirgisisch, Russisch und Usbekisch im ganzen Land verbreitet.

Dies alles geschah in einer Situation der Instabilität. Im Süden des Landes flammten immer wieder Unruhen auf und auf allen Ebenen fanden personelle Neubesetzungen sowie die Umbildung von Institutionen statt. So wurde auch mitten in der Phase der Diskussion des Verfassungsprojektes am 20. Mai das Verfassungsgericht als eigenständige Institution abgeschafft und dem Obersten Gericht zugeordnet. Ab dem 10. Juni kam es dann zu den massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen in Osch und Dschalalabad, die auch das Verfassungsreferendum in Frage stellten. Doch die Übergangsregierung konzentrierte alles auf seine Durchführung; sie machte sogar die Abstimmung in Gebieten, in denen der Ausnahmezustand herrschte und für Bürger, die keine Personalpapiere vorlegen konnten, möglich.

Der Tag des Referendums verlief zur Erleichterung des In- und Auslandes friedlich. Der Ablauf wurde von der eingeschränkten OSZE/ODHIR-Mission trotz »offenkundiger Mängel« in Anbetracht der schwierigen Umstände insgesamt positiv bewertet.<sup>1</sup> Das Quorum war in allen Landesteilen erreicht, die Bevölkerung hat mit offiziell mehr als 90 % der Stimmen die neue Verfassung angenommen (s. dazu die offiziellen Ergebnisse des Referendums auf S. 27). Mit Bekanntmachung der offiziellen Ergebnisse war der Verfassungsgebungsprozess am 2. Juli abgeschlossen und die neue Verfassung damit in Kraft getreten.

Die Reaktionen auf die neue Verfassung waren uneinheitlich. Viel zitiert worden ist der russische Präsident Dmitrij Medwedjew, der Zweifel daran geäußert hat, ob ein parlamentarisches System für Kirgistan geeignet ist. Auch im Land selbst und aus den zentralasiatischen Nachbarstaaten gab es Stimmen, die einen starken Präsidenten für die einzige Möglichkeit halten, das Land zu stabilisieren. Viele westliche Kommentare waren dagegen überwiegend positiv, so z. B. der der sog. Venedig-Kommission.<sup>2</sup> Man muss aber festhalten, dass die neue Konstitution in Kirgistan nicht ein parlamentarisches, sondern ein semipräsidentielles bzw. semiparlamentarisches System eingeführt hat. Ob es Inhabern der beiden neuen starken Ämter – Präsident und Premierminister – gelingt, in Abstimmung miteinander erfolgreich Politik zu machen, bleibt abzuwarten.

Um Ihnen ein eigenes Urteil zu ermöglichen, haben wir die Teile der Verfassung, die die Stellung und wichtigsten Kompetenzen der drei Gewalten definieren sowie die wenigen Passagen, die die Situation der verschiedenen Nationalitäten der Kirgisischen Republik betreffen, im Folgenden ins Deutsche übersetzt.

*Beate Eschment*

1 [www.osce.org/odihr-elections/item\\_1\\_44869.html](http://www.osce.org/odihr-elections/item_1_44869.html)

2 Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, = [http://www.venice.coe.int/docs/2010/CDL-AD\(2010\)015-e.asp](http://www.venice.coe.int/docs/2010/CDL-AD(2010)015-e.asp)

## Die Verfassung der Kirgisischen Republik

Wir, das Volk Kirgistans,  
halten die Erinnerung an die Helden in Ehre, die für die Freiheit des Volkes ihr Leben gegeben haben;  
bekräftigen die Ergebenheit gegenüber dem Ziel des Aufbaus eines freien und demokratischen Staates, der auf der Einhaltung und dem Schutz der Menschenrechte beruht;  
bringen den unerschütterlichen Glauben und festen Willen zum Ausdruck, die kirgisische Staatlichkeit zu entwickeln und zu stärken, die staatliche Souveränität und Einheit des Volkes zu bewahren;  
streben danach, die Rechtstaatlichkeit zu stärken sowie die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand und die geistige Entwicklung des Volkes zu sichern;  
leben dem Vermächtnis unserer Ahnen entsprechend, in Frieden und Eintracht und in Harmonie mit der Natur,  
nehmen die vorliegende Verfassung an.

### ABSCHNITT 1

#### GRUNDLAGEN DER VERFASSUNGSMÄßIGEN ORDNUNG

##### Artikel 1

1. Die Kirgisische Republik (Kirgistan) (ab hier KR – Anm. d. Übersetzers) ist ein souveräner, demokratischer, weltlicher, einiger Rechts- und Sozialstaat.
2. Die KR besitzt die volle staatliche Macht auf ihrem gesamten Territorium, führt selbstständig die Innen- und Außenpolitik durch.

##### Artikel 2

1. Das Volk Kirgistans ist Träger der Souveränität und einzige Quelle der Staatsmacht der KR.
2. Das Volk Kirgistans realisiert seine Macht indirekt bei Wahlen und Referenden sowie auch durch das System der staatlichen Organe und Organe der lokalen Selbstverwaltung auf der Basis dieser Verfassung und der Gesetze.  
[...]

##### Artikel 3

Die Macht des Staates in der KR gründet sich auf den Prinzipien:  
der obersten Stellung der Macht des Volkes, die durch die vom Volke gewählte(n) Schogorku Kenesch (Parlament der KR – Anm. d. Übersetzers) und den Präsidenten vertreten und sichergestellt wird;  
der Teilung der staatlichen Macht;  
der Offenheit und Verantwortung der staatlichen Organe, der Organe der örtlichen Selbstverwaltung vor dem Volke und der Verwirklichung ihrer Vollmachten im Interesse des Volkes;  
der Abgrenzung der Funktionen und Vollmachten staatlicher Organe und der Organe der örtlichen Selbstverwaltung.

##### Artikel 4

[...]

4. In der KR ist verboten:

[...]

- 3) die Gründung politischer Parteien auf religiöser und ethnischer Grundlage, die Verfolgung politischer Ziele durch religiöse Zusammenschlüsse;  
[...]

- 5) die Tätigkeit politischer Parteien, gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen, ihrer Vertretungen und Filialen, die politische Ziele verfolgen, deren Handlungen auf die gewaltsame Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Gefährdung der nationalen Sicherheit, das Anheizen von sozialer, rassistischer, zwischennationaler, zwischenethnischer und religiöser Feindschaft abzielen.

#### **Artikel 5**

1. Der Staat und seine Organe dienen der gesamten Gesellschaft und nicht einem ihrer Teile.
2. Kein Teil des Volkes, keine Vereinigung, keine einzelne Person hat das Recht, die Macht im Staat zu ergreifen. Die Usurpation der Staatsmacht ist ein besonders schweres Verbrechen.

[...]

#### **Artikel 10**

1. Die Staatssprache der KR ist Kirgisisch.
2. In der KR wird Russisch in offizieller Eigenschaft gebraucht.
3. Die KR garantiert den Angehörigen aller Ethnien, die das Volk Kirgistans bilden, das Recht auf die Erhaltung ihrer Muttersprache, die Schaffung von Bedingungen zu ihrer Erlernung und Entwicklung.

### **ABSCHNITT 2**

#### **MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE UND -FREIHEITEN**

##### **Kapitel 1**

##### **Grundrechte und -freiheiten**

[...]

#### **Artikel 16**

[...]

2. Die KR respektiert und garantiert gegenüber allen Personen, die sich auf ihrem Territorium aufhalten und unter ihre Rechtsprechung fallen, Menschenrechte und -freiheiten.

Niemand darf aufgrund von Merkmalen von Geschlecht, Rasse, Sprache, körperlicher Beeinträchtigungen, ethnischer Zugehörigkeit, Konfession, Alter, politischer oder anderer Überzeugungen, Bildung, Herkunft, Eigentumssituation sowie anderer Umstände diskriminiert werden.

[...]

3. In der KR sind alle vor dem Gesetz und vor Gericht gleich.

[...]

#### **Artikel 20**

[...]

4. Die folgenden in der vorliegenden Verfassung festgelegten garantierten Verbote dürfen in keiner Weise eingeschränkt werden:

[...]

des Zwangs, seine ethnische Zugehörigkeit festzulegen und offen zu legen;

[...]

5. Keinerlei Einschränkung unterliegt das durch die vorliegende Verfassung festgelegte Recht:

[...]

seine ethnische Zugehörigkeit frei festzulegen und zu zeigen;

[...]

## **Kapitel 2**

### Rechte und Freiheiten des Menschen

[...]

#### **Artikel 31**

[...]

4. Propaganda für nationalen, ethnischen, rassischen, religiösen Hass, geschlechtliche und sonstige soziale Überlegenheit, die zu Diskriminierung, Feindschaft und Gewalt aufruft, ist verboten.

[...]

#### **Artikel 38**

Jeder hat das Recht, seine ethnische Zugehörigkeit frei festzulegen und zu zeigen. Niemand darf gezwungen werden, seine ethnischen Zugehörigkeit festzulegen oder zu zeigen.

[...]

#### **Artikel 45**

[...]

3. Der Staat schafft für jeden die Bedingungen zum Erlernen der Staatssprache, der offiziellen Sprache und einer Fremdsprache, angefangen bei der Vorschulbildung bis zur allgemeinen Grundbildung.

[...]

## **ABSCHNITT 3**

### **DER PRÄSIDENT DER KIRGISISCHEN REPUBLIK**

[...]

#### **Artikel 60**

1. Der Präsident ist das Oberhaupt des Staates.
2. Der Präsident verkörpert die Einheit des Volkes und die staatliche Macht.

#### **Artikel 61**

1. Der Präsident wird von den Bürgern der KR für 6 Jahre gewählt.
2. Ein und dieselbe Person kann nicht zweimal zum Präsidenten gewählt werden.

#### **Artikel 62**

1. Zum Präsidenten kann ein Bürger der KR gewählt werden, der nicht jünger als 35 Jahre und nicht älter als 70 Jahre ist, die Staatssprache beherrscht und insgesamt nicht weniger als 15 Jahre in der Republik gelebt hat.
2. Die Zahl der Kandidaten für das Amt des Präsidenten ist nicht begrenzt. Zum Präsidentschaftskandidaten kann eine Person registriert werden, die nicht weniger als 30.000 Unterschriften von Wählern gesammelt hat.

[...]

#### **Artikel 63**

[...]

3. Der Präsident lässt für die Dauer der Ausübung seines Amtes seine Mitgliedschaft in einer politischen Partei ruhen und stellt sämtliche Aktivitäten, die mit der Tätigkeit politischer Parteien in Verbindung stehen, ein.

#### Artikel 64

[...]

##### 4. Der Präsident

[...]

2) ernennt und entlässt die Mitglieder der Regierung – die Führer staatlicher Organe, die für Fragen der Verteidigung, der nationalen Sicherheit zuständig sind sowie ihre Stellvertreter.

[...]

##### 6. Der Präsident:

1) vertritt die KR innerhalb und außerhalb des Landes;

2) führt Verhandlungen und unterschreibt in Übereinstimmung mit dem Premierminister internationale Verträge; er hat das Recht, festgelegte Vollmachten an den Premierminister, an Mitglieder der Regierung und andere Amtspersonen zu delegieren;

[...]

7. Der Präsident entscheidet über Fragen der Aufnahme in die und Austritt aus der Staatsbürgerschaft der KR.

8. Der Präsident ist Hauptkommandierender der Streitkräfte der KR, bestimmt, ernennt und entlässt die Führung der Streitkräfte der KR.

##### 9. Der Präsident:

1) leitet den Verteidigungsrat, der in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu bilden ist;

2) beim Vorhandensein von in einem Verfassungsgesetz festgelegten Gründen, warnt er vor der Möglichkeit der Ausrufung des Ausnahmezustands, und ruft ihn im Falle der Notwendigkeit in einzelnen Orten ohne vorherige Ankündigung aus, worüber er unverzüglich die Schogorku Kenesch in Kenntnis setzt;

3) ruft die allgemeine oder teilweise Mobilmachung aus; ruft im Falle einer Bedrohung oder unmittelbaren Bedrohung der KR den Kriegszustand aus und legt diese Frage unverzüglich der Schogorku Kenesch zur Prüfung vor;

4) ruft im Interesse des Schutzes des Landes und der Sicherheit seiner Bürger das Kriegsrecht aus und legt diese Frage unverzüglich der Schogorku Kenesch zur Prüfung vor.

[...]

#### Artikel 67

1. Der Präsident kann nach seinem Ausscheiden aus dem Amt strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

[...]

### ABSCHNITT 4

## DIE GESETZGEBENDE GEWALT DER KIRGISISCHEN REPUBLIK

### Kapitel 1

#### Schogorku Kenesch

#### Artikel 70

1. Die Schogorku Kenesch – das Parlament der KR – ist das höchste repräsentative Organ, das die gesetzgebende Gewalt und Kontrollfunktionen im Rahmen seiner Vollmachten ausübt.

2. Die Schogorku Kenesch setzt sich aus 120 Abgeordneten zusammen, die für 5 Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden.

Nach dem Wahlergebnis kann eine politische Partei nicht mehr als 65 Abgeordnetenmandate im Parlament erhalten. Zum Abgeordneten der Schogorku Kenesch kann ein Bürger der KR gewählt werden, der am Tag der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet hat und das Wahlrecht besitzt.

[...]

## Kapitel 2

### Die Vollmachten der Schogorku Kenesch

#### Artikel 74

##### 1. Die Schogorku Kenesch:

- 1) verabschiedet das Gesetz über die Abhaltung eines Referendums;
- 2) setzt die Präsidentschaftswahlen fest.

##### 2. Die Schogorku Kenesch:

- 1) bringt Veränderungen in die vorliegende Verfassung ein;
- 2) nimmt Gesetze an;
- 3) ratifiziert und kündigt internationale Verträge im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Ordnung;
- 4) entscheidet über Fragen der Änderung der Staatsgrenzen der KR;
- 5) bestätigt den Staatshaushalt und den Rechenschaftsbericht über dessen Umsetzung;
- 6) entscheidet über Fragen des Verwaltungsaufbaus der KR;
- 7) erlässt Amnestieakte.

##### 3. Die Schogorku Kenesch:

- 1) bestätigt das Programm der Regierung, bestimmt die Struktur und die Zusammensetzung der Regierung – mit Ausnahme der Leiter der Staatsorgane, die für Fragen der Verteidigung und nationalen Sicherheit zuständig sind;
- 2) bestätigt allgemeinstaatliche Entwicklungsprogramme der KR, die von der Regierung eingebracht werden;
- 3) spricht der Regierung das Vertrauen aus;
- 4) fällt die Entscheidung darüber, der Regierung das Misstrauen auszusprechen.

[...]

##### 5. Die Schogorku Kenesch:

- 1) ruft den Ausnahmezustand in den Fällen und in der Form aus, wie vom Verfassungsgesetz vorgesehen; bestätigt diesbezügliche Erlasse des Präsidenten oder lehnt sie ab;
- 2) entscheidet über Fragen von Krieg und Frieden; über die Einführung des Kriegsrechts; die Ausrufung des Kriegszustands; über die Bestätigung oder Ablehnung diesbezüglicher Erlasse des Präsidenten;

[...]

7. Die Schogorku Kenesch erhebt in der von der vorliegenden Verfassung vorgesehenen Form Anklage gegen den Präsidenten; fällt die Entscheidung über die Amtsenthebung des Präsidenten.

[...]

## Kapitel 3

### Gesetzgebende Tätigkeit

#### Artikel 79

Das Recht auf gesetzgebende Initiative haben:

- 10.000 Wähler (Volksinitiative);
- ein Abgeordneter der Schogorku Kenesch;
- die Regierung.

[...]

## ABSCHNITT 5 DIE AUSFÜHRENDE GEWALT DER KIRGISISCHEN REPUBLIK

### Artikel 83

1. Die exekutive Gewalt in der KR wird von der Regierung, den ihr untergeordneten Ministerien, Staatskomitees, Verwaltungsbehörden und lokalen Verwaltungen ausgeübt.
  2. Die Regierung stellt das höchste Organ der Exekutive der KR dar.
  3. Die Regierung wird vom Premierminister geführt. Die Regierung besteht aus dem Premierminister, Vize-Premierministern, Ministern und Vorsitzenden der Staatskomitees.
- [...]

### Artikel 84

1. Diejenige Fraktion, die über mehr als die Hälfte der Abgeordnetenmandate verfügt oder eine Koalition von Fraktionen mit ihrer Teilnahme schlägt innerhalb einer Frist von 15 Arbeitstagen nach der ersten Sitzung der Schogorku Kenesch der neuen Legislaturperiode einen Kandidaten für das Amt des Premierministers vor. Der Kandidat für das Amt des Premierministers stellt der Schogorku Kenesch Programm, Struktur und Zusammensetzung seiner Regierung vor.
- [...]

5. Der Präsident gibt innerhalb einer Frist von 3 Tagen einen Erlass über die Ernennung des Premierministers und der übrigen Mitglieder der Regierung heraus. Wenn der Präsident den Erlass über die Ernennung des Premierministers und der Mitglieder der Regierung nicht in der o. g. Frist herausgibt, gelten diese als ernannt.

[...]

### Artikel 85

1. Die Regierung ist der Schogorku Kenesch rechenschaftspflichtig und ist ihr gegenüber in dem von der vorliegenden Verfassung vorgesehenen Rahmen verantwortlich.
2. Der Premierminister legt einmal im Jahr gegenüber der Schogorku Kenesch Rechenschaft über die Arbeit der Regierung ab.
3. Die Schogorku Kenesch kann auf Initiative eines Drittels der Gesamtzahl der Abgeordneten der Schogorku Kenesch die Vertrauensfrage gegenüber der Regierung prüfen lassen.

[...]

### Artikel 88

1. Die Regierung:
    - 1) stellt die Realisierung der Verfassung und ihrer Gesetze sicher;
    - 2) führt die Innen- und Außenpolitik des Staates durch;
    - 3) ergreift Maßnahmen zur Sicherung von Gesetzlichkeit, der Rechte und Freiheiten der Bürger, des Schutzes der öffentlichen Ordnung, des Kampfes gegen Verbrechen;
    - 4) stellt die Durchführung von Maßnahmen zum Schutze der staatlichen Souveränität, der territorialen Integrität, der Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung sowie Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, nationalen Sicherheit und gesetzmäßigen Ordnung sicher;
    - 5) stellt die Finanz-, Preis-, Zoll-, Investitions- und Steuerpolitik sicher;
    - 6) erarbeitet den Haushalt der Republik, stellt ihn der Schogorku Kenesch vor und stellt seine Ausführung sicher; legt der Schogorku Kenesch Rechenschaft über die Ausführung des Haushalts der Republik vor;
- [...]
- 8) stellt die Durchführung einer einheitlichen staatlichen Politik im sozioökonomischen und kulturellen Bereich sicher;

- 9) erarbeitet allgemeinstaatliche Programme zur ökonomischen, sozialen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Entwicklung und setzt sie um;
  - 10) sichert die Durchführung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit;
  - 11) sichert die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft;
- [...]

#### **Artikel 89**

Der Premierminister:

- 1) leitet die Regierung, trägt die persönliche Verantwortung für ihre Tätigkeit gegenüber der Schogorku Kenesch;
- 2) stellt die Einhaltung von Verfassung und Gesetzen durch sämtliche Organe der Exekutive sicher;
- 3) führt Verhandlungen und unterschreibt internationale Verträge;
- 4) leitet Sitzungen der Regierung;

[...]

### **ABSCHNITT 6**

#### **DIE RECHTSSPRECHENDE MACHT DER KIRGISISCHEN REPUBLIK**

[...]

#### **Artikel 97**

[...]

6. Die Verfassungskammer des Obersten Gerichts:

- 1) erklärt Gesetze und sonstige normative Akte im Falle ihres Widerspruchs zur Verfassung für nicht verfassungsgemäß;
- [...]
- 3) gibt ein Urteil zu Gesetzesprojekten über die Änderung und Ergänzung der vorliegenden Verfassung ab.

[...]

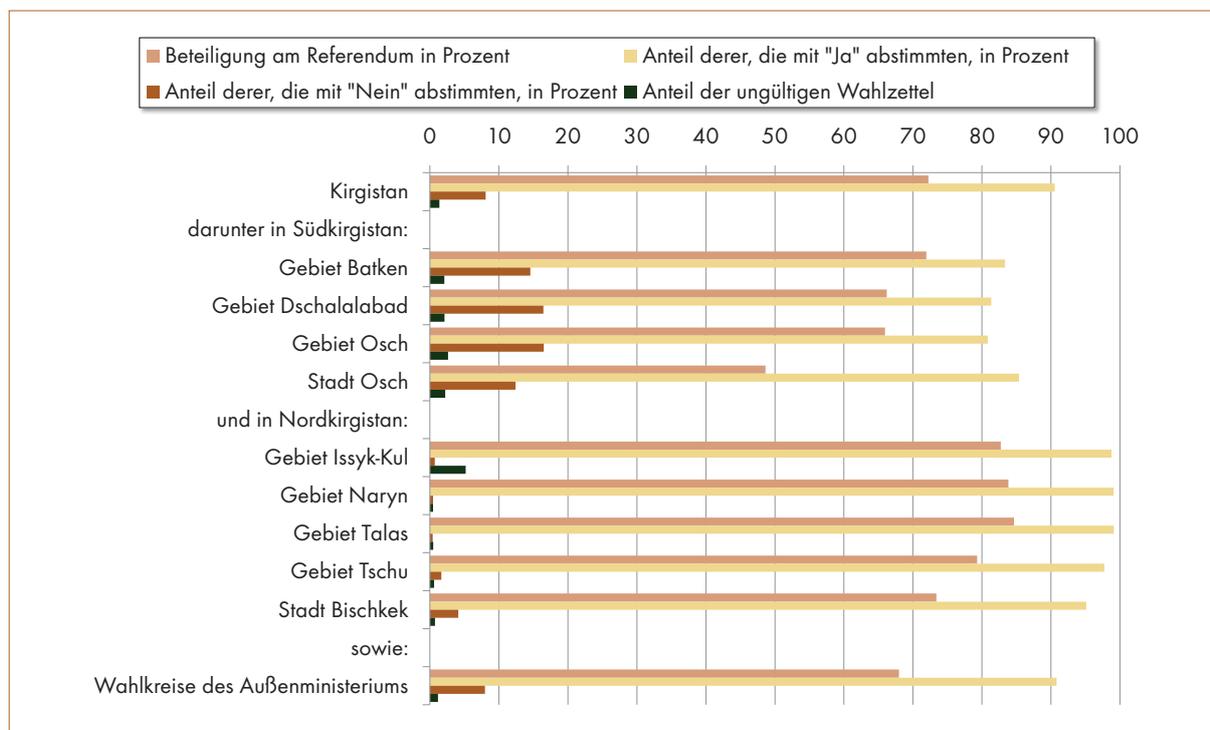
8. Das Urteil der Verfassungskammer des Obersten Gerichts ist endgültig und unterliegt nicht der Berufung.

[...]

<http://www.shailoo.gov.kg/referendum-2010/vremennoe-pravitelstvo-kyrgyzskoj-respubliki-opublikovalo-okonchatelnyj-proekt-konstitucii/>

*Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Ergebnisse des Verfassungsreferendums in Kirgistan am 27. Juni 2010



	Beteiligung am Referendum in Prozent	Anteil derer, die mit »Ja« abstimmten, in Prozent	Anteil derer, die mit »Nein« abstimmten, in Prozent	Anteil der ungültigen Wahlzettel
Kirgistan	72,24	90,55	8,07	1,38
darunter in Südkirgistan:				
Gebiet Batken	71,93	83,34	14,55	2,1
Gebiet Dschalalabad	66,2	81,36	16,45	2,12
Gebiet Osch	65,94	80,85	16,5	2,64
Stadt Osch	48,62	85,38	12,4	2,21
und in Nordkirgistan:				
Gebiet Issyk-Kul	82,73	98,78	0,7	5,19
Gebiet Naryn	83,83	99,09	0,46	0,45
Gebiet Talas	84,64	99,12	0,41	0,47
Gebiet Tschu	79,31	97,75	1,65	0,6
Stadt Bischkek	73,4	95,12	4,12	0,75
sowie:				
Wahlkreise des Außenministeriums	67,96	90,83	7,99	1,18

Quelle: Zentrale Wahlkommission Kirgistans; <http://www.shailoo.gov.kg/ru/news/svodnaya-tablica-cik-kyrgyzskoj-respubliki-po-ito-gam-vsenarodnogo-golosovaniya-na-referendume-27-iyunya-2010-goda-svodnaya-tablica-cik-kyrgyzskoj-respubliki-po-itogam-vse-narodnogo-golosovaniya-na-r/#more-3819>

## Mitglieder der neuen »technischen« Regierung der Kirgisischen Republik

Stand: 22.7.2010

1. Vizepremierminister	Amangeldi Muralijew
Vizepremierminister	Dschantoro Satybaldijew, Aleksandr Kostjuk
Vize-Premierministerin für soziale Fragen	Uktomchan Abdullajewa
Außenminister	Ruslan Kasakbajew
Justizministerin	Aida Saljanowa
Innenminister	Kubatbek Bajbolow
Notstandsminister	Dujschenkul Tschotonow
Minister für Staatsbesitz	Scheraly Abdyldajew
Energieminister	Osmon Artykbajew
Landwirtschaftsminister	Mamatscharip Turdukulow
Minister für natürliche Ressourcen	Kajrat Dschumalijew
Gesundheitsminister	Sabirsdshan Abdikarimow
Ministerin für Arbeit, Beschäftigung und Migration	Ajgul Ryskulowa
Finanzminister	Tschorobek Imaschew
Minister für Kultur und Information	Sadyk Scher-Nijas
Jugendminister	Alijasbek Alymkulow
Minister für Transport und Kommunikation	Erkin Isakow
Minister für ökonomische Regulierung	Emil Umetalijew
Minister für Bildung und Wissenschaft	Kanat Sadykow
Verteidigungsminister	Abibilla Kudaiberdijew

Quellen: <http://www.24.kg/politic/78772-novyj-sostav-prawitelstva-kyrgyzstana.html>

**Interview****»Europa ist ein gefragter Modernisierungspartner«****Interview mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pierre Morel**

2005 schuf die EU das Amt eines Sonderbeauftragten für Zentralasien. Seine Aufgabe ist es, die EU in der Region zu repräsentieren, regelmäßigen Kontakt mit Regierungen sowie Nichtregierungsakteuren zu halten, die politischen Entwicklungen zu analysieren und auch die Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie zu verfolgen. Darauf aufbauend entwickelt der Sonderbeauftragte Politikvorschläge, um die Ziele der EU in Zentralasien zu fördern. Seit Oktober 2006 hat der französische Diplomat Pierre Morel dieses Amt inne. Die Region ist ihm vertraut: 1992 bis 1996 war er als französischer Botschafter in Moskau auch für Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan zuständig. Seit September 2008 ist Pierre Morel außerdem Sonderbeauftragter für die Krise in Georgien.<sup>1</sup>

**Ende Juni haben der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission ihren Joint Progress Report über die ersten drei Jahre der EU-Zentralasienstrategie verabschiedet.<sup>2</sup> Wo sehen Sie die größten Erfolge? Wo die größten Probleme?**

Auf der Erfolgsseite können wir sicherlich verbuchen, dass der politische Dialog intensiviert und ausgeweitet wurde. Er ist ausgerichtet auf das Thema Sicherheit und die »gemeinsamen Bedrohungen«: Terrorismus, Extremismus, Drogen- und Menschenhandel. Ein weiterer Erfolg sind die regionalen Initiativen – zu Bildung, zu Rechtsstaatlichkeit und zu Umwelt und Wasser, also zu drei Feldern, in denen großer Handlungsbedarf besteht. Entsprechend positiv ist auch das Feedback, das wir von unseren zentralasiatischen Partnern dazu bekommen, sogar zur Rechtsstaats-Initiative.

Nun zu den Problemen: Wir haben von Anfang an einen regionalen und einen bilateralen Ansatz verfolgt, was manchmal schwierig ist. Aber bisher haben wir das ganz gut hinbekommen, und zwar durch unser Konzept der »Differenzierung« – das den Spezifika jedes Landes Rechnung trägt. Problematisch ist die Rivalität zwischen den noch jungen zentralasiatischen Staaten. Sie befürchten manchmal, regionale Zusammenarbeit könnte ihre Souveränität beeinträchtigen. Dies macht einen regionalen Ansatz, bei dem wir immer versuchen, alle fünf Staaten an einen Tisch zu bekommen, manchmal schwierig.

**Wie schätzen Sie den Erfolg der Strategie insgesamt ein? Waren die Ziele der Strategie überhaupt realistisch?**

Ja, unsere Ziele waren und sind realistisch. Wir haben uns in der Strategie vorgenommen, einen regelmäßigen politischen Dialog auf Außenministerebene ins Leben zu rufen – dies ist geschehen. Die drei regionalen Initiativen habe ich bereits erwähnt. Ein weiteres Ziel war es, einen regelmäßigen, ergebnisorientierten Menschenrechtsdialog mit jedem einzelnen zentralasiatischen Staat ins Leben rufen – auch dies konnten wir bereits umsetzen.

Zu Energiefragen konnten wir ebenfalls einen intensiven regelmäßigen Dialog mit den zentralasiatischen Staaten etablieren. Nach Kasachstan und Turkmenistan haben wir jetzt auch mit Usbekistan ein Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Energiesektor auf den Weg gebracht.

Die Koordinierung zwischen den Programmen der verschiedenen EU-Institutionen und zwischen EU und Mitgliedstaaten in Zentralasien hat sich verbessert, gerade in den Bereichen, in denen wir regionale Initiativen gestartet haben, die ja auch von einzelnen Mitgliedsländern zusammen mit der Kommission koordiniert werden.

Daneben haben wir eine Reihe von spezifischen Zielen in unseren Prioritätsbereichen formuliert, also für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und Demokratisierung, Jugend und Bildung, Wirtschaftsentwicklung, Handel und Investitionen, Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen, Umweltverträglichkeit und Wasser, Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen und für den interkulturellen Dialog. Dabei handelt es sich um langfristige Ziele und hier können wir nach drei Jahren zunächst nur beurteilen, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben unsere Mittel für die Region verdoppelt und neben dem politischen Dialog viele konkrete Pro-

1 Siehe auch <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1153&lang=En> für das Mandat und eine Auswahl an Reden/Interviews.

2 Siehe <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st11/st11402.en10.pdf#page=2>

jekte auf den Weg gebracht. Natürlich sind die Fortschritte je nach Bereich unterschiedlich. Und wir können auch ganz offen zugeben, dass es in einigen kritischen Bereichen, wie regionaler Kooperation oder Menschenrechten, keine großen und beständigen Fortschritte gibt. Wir haben jedoch erreicht, dass diese Themen nun permanent auf der Agenda sind.

**Ist die EU durch die Strategie und Ihre Arbeit in Zentralasien bekannter geworden?**

Auf jeden Fall. Die Strategie und ihre Umsetzung hat die Sichtbarkeit der EU erhöht und auch ihre Akzeptanz als ernstzunehmender Akteur. Nichtsdestotrotz streben wir danach, die EU noch bekannter zu machen und ein besseres Verständnis unserer Institutionen und Ziele zu erreichen. Und meine Aufgabe ist ja auch, unter anderem, der EU in Zentralasien eine Stimme und ein Gesicht zu verleihen. Dies ist besonders wichtig in den Ländern, in denen wir nicht durch eine EU-Delegation präsent sind. In Kasachstan sind wir schon lange vertreten, in Duschanbe und Bischkek hat die EU vor kurzem Delegationen eröffnet, aber es gibt noch keine diplomatische Vertretung in Usbekistan und Turkmenistan. Ich will noch hinzufügen, dass durch die Strategie umgekehrt auch Zentralasien in Europa bekannter geworden ist. Unsere Zentralasienpolitik hat sich über die halbjährlich rotierenden Präsidentschaften hinweg verstetigt.

**Auf welche Reaktion stößt Ihre Arbeit in den einzelnen zentralasiatischen Staaten, gibt es spürbare Unterschiede?**

Es gibt in allen fünf Ländern ein starkes Interesse und natürlich auch Erwartungen und Ansprüche. Alle haben nationale Koordinatoren für die Umsetzung der Strategie ernannt. Kasachstan hat außerdem mit dem Programm »Weg nach Europa« ein nationales Gegenstück zur Strategie entwickelt, das Teil der wirtschaftlichen Modernisierungspolitik dieses Landes ist. Es zeigt, dass Europa in Kasachstan und darüber hinaus ein gefragter Modernisierungspartner ist. In Kirgistan steht derzeit die Stabilisierung nach den Ereignissen vom April und Juni im Vordergrund. Auch in Tadschikistan ist der stabilisierende Effekt unserer Zusammenarbeit wichtig, z. B. bei der Budgethilfe. Usbekistan setzt vor allem auf bilaterale Projekte mit der EU und will mehr Investitionen aus Europa anziehen. Für Turkmenistan ist die Diversifizierung der Gasexporte ein wichtiges Thema; das deckt sich mit dem Interesse Europas, Gas aus der Region zu beziehen. Es gibt aber auch gute erste Ansätze bei der Zusammenarbeit zum Thema Rechtsstaatlichkeit.

**Kann die EU ein Vorbild für regionale Zusammenarbeit in Zentralasien sein?**

Ja und nein. Einerseits ist die EU ein Erfolgsbeispiel für regionale Kooperation und Integration. Aber wir wollen kein Vorbild sein in dem Sinne, dass wir unser Modell der Kooperation eins-zu-eins übertragen möchten oder fertige Lösungsvorschläge unterbreiten. Doch wir sind bereit, unsere Erfahrungen zu teilen. Nehmen wir zum Beispiel die Wasser- und Energie-Frage in Zentralasien: Es scheint hier fast unmöglich, eine Einigung zu finden, da die Staaten Wasser als strategische Ressource betrachten und das ganze Thema hoch politisiert ist. Aber erinnern wir uns an den Kern der Europäischen Union: Es war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Kohle und Stahl waren damals *die* strategischen Ressourcen in Europa – so wie heute Wasser in Zentralasien. Und die EGKS wurde 1951 gegründet, gerade einmal sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges! Natürlich sind die Kontexte sehr unterschiedlich und man kann keine direkten Vergleiche ziehen. Aber die Erfahrung der EU zeigt, dass regionale Kooperation, selbst unter schwierigen Bedingungen und über sensible Bereiche, möglich ist.

**Eines der Ziele der Strategie ist Stabilität in Zentralasien. Kirgistan ist gerade alles andere als stabil. Hat die EU hier etwas falsch gemacht, d. h. zu lange auf Bakijew gesetzt? Kann die EU jetzt etwas für eine Stabilisierung tun?**

Die EU hat während des Bakijew-Regimes konstanten Kontakt zu allen politischen Kräften gehalten, auch mit der Opposition und Menschenrechtlern. Manche von ihnen sind heute in der Regierung. Bereits wenige Tage nach den Ereignissen im April bin ich nach Bischkek gereist, wie auch die Sonderbeauftragten von UN und OSZE, mit denen ich mich vor Ort eng koordiniert habe. Die EU hat sehr schnell Hilfen bereit gestellt, im April und dann auch nach den tragischen Unruhen im Süden im Juni. Ein paar Tage danach war die Europäische Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, bereits vor Ort. Daneben fördern wir aber auch die langfristige soziale und politische Stabilisierung, u. a. durch soziale Absicherung für die ärmsten Menschen im Rahmen der Budgethilfe. Wir haben

die Verfassungsreform unterstützt, durch einen Beitrag der Venedig-Kommission des Europarates. Aus Mitteln des Stabilitätsinstruments werden wir den Aufbau demokratischer Strukturen und Gesetzgebung weiter unterstützen.

#### **Wie sehen Sie die Chancen für ein stabiles und demokratisches Kirgistan?**

Kirgistan galt lange – zu lange – als »Insel der Demokratie« in Zentralasien. Heute wissen wir, dass es hinter der demokratischen Fassade viel Korruption und Nepotismus gab. Trotzdem gab und gibt es in Kirgistan eine aktive Zivilgesellschaft. Darin liegt eine Chance für die Zukunft des Landes, und das Referendum Ende Juni hat den tiefen Wunsch der Bevölkerung nach politischem Frieden bestätigt. Sicher, gerade die Osch-Tragödie im Juni wird von vielen – auch und gerade in den Nachbarländern – als Beweis gesehen, dass es mit der Demokratie, vor allem mit einem parlamentarischen System, in Zentralasien nicht klappen kann. Man brauche eben eine starke Hand, einen starken Mann, und nicht eine Frau an der Staatsspitze und kein zu machtvoll Parlament. In solchen Diskussionen versuche ich immer auf das wesentliche zu lenken: es geht nicht darum, wie wir das System nennen – parlamentarisch oder präsidentiell. Es geht darum, dass eine effektive Gewaltkontrolle garantiert wird. Dafür bietet die neue Verfassung interessante Voraussetzungen. Im Land gibt es Hoffnung für ein stabiles und demokratisches Kirgistan, aber es wird ein langer und schwieriger Weg sein. Wir werden diesen Weg ganz sicher weiterhin unterstützen – aber wir müssen gleichzeitig die dringendsten Probleme bewältigen.

#### **Wie sehen Sie die Chancen für Stabilität und Demokratie in Zentralasien gesamt?**

Ohne demokratische Entwicklung wird kein Land, keine Region auf Dauer stabil sein. Alle Staaten Zentralasiens haben eine schwierige Geschichte von autoritärer Herrschaft und Fremdherrschaft geerbt. Ihre traditionellen Kulturen kennen aber durchaus Elemente von Selbstbestimmung, Diversität und Toleranz, sind also nicht ohne demokratische Tradition. Nur dürfen diese Elemente nicht als Feigenblatt für fehlende Demokratie missbraucht werden, wie der Kurultai, die traditionelle Volksversammlung, in Kirgistan unter Bakijew. Manchmal wird Europa vorgeworfen, anderen Kulturen seine Werte aufzwingen zu wollen. Angeblich sei Demokratie in Asien nicht möglich. Mir fallen aber auf Anhieb eine Reihe von demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern in Asien ein. Und das sind in der Regel die stabilsten und wohlhabendsten. In ihnen wird Korruption wirksam bekämpft. Warum sollten die Länder Zentralasiens nicht auch diesen Weg gehen können?

Erlauben Sie mir auch noch daran zu erinnern, dass sich die EU im November 2007 sehr dafür eingesetzt hat, einen Konsens zu der Kandidatur Kasachstans für den OSZE-Vorsitz zu erreichen, der sich bereits in den ersten sechs Monaten als dynamisch erwiesen hat. Beim kürzlichen informellen Ministertreffen der OSZE in Almaty hat Lady Ashton die Prioritäten für eine erweiterte euro-atlantische und eurasische Sicherheit herausgestellt: Vermeidung, Management und Lösung von Konflikten, Verstärkung der konventionellen Rüstungskontrolle, Stärkung der Menschlichen Dimension der OSZE sowie Stärkung unserer Fähigkeiten, gemeinsam transnationale und aufkommende Bedrohungen anzugehen. Gleichzeitig hatte sie ein ausführliches offenes und anregendes Gespräch mit dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew über Demokratie in Zentralasien.

#### **Europa hat in Zentralasien widersprüchliche Interessen. Jedenfalls ist dies die Einschätzung von Menschenrechtlern. Einerseits will man sich den Zugang zu Energiequellen sichern andererseits fordert man Demokratisierung und die Einhaltung von Menschenrechten. Sehen Sie hier auch einen Widerspruch, bzw. wie schätzen Sie die Situation ein?**

Das Hauptinteresse der EU in Zentralasien, wie es in der Strategie formuliert ist, ist Sicherheit und Stabilität in der Region. Dies ist eine Voraussetzung für ihre Entwicklung sowie für unsere Energiesicherheit. Politische und soziale Stabilität ist in unserer Sicht aber untrennbar mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung verknüpft. Deswegen ist die Rechtsstaats-Initiative ein grundlegender Bestandteil der Zentralasienstrategie. Menschenrechte sind ein sensibles Thema und nicht gerade das einfachste Feld der Kooperation, aber wir konnten hier doch einige Erfolge erzielen. Die regelmäßigen Menschenrechtsdialoge mit allen fünf Staaten habe ich bereits erwähnt. In diesen Treffen haben wir inzwischen ein Gesprächsklima erreicht, das eine offene Diskussion erlaubt. Auch Einzelfälle werden hier auf den Tisch gebracht. Auf regionaler Ebene haben Deutschland und Frankreich, die die Rechtsstaats-Initiative mit Unterstützung der Europäischen Kommission koordinieren, unter anderem zwei Seminare organisiert, die sich mit Vertei-

digungsrecht in Gerichtsverfahren und juristischer Ausbildung auseinandergesetzt haben. Durch diese Initiative hat sich inzwischen ein Netzwerk von juristischen Experten gebildet – aus Europa und Zentralasien, von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen – das mich wirklich sehr beeindruckt hat. Es sind Parlamentarier, Professoren, Richter, Rechtsanwälte und andere Experten, die wirkliche Pionierarbeit leisten.

**Ein anderes Interesse der EU liegt in der Bedeutung der zentralasiatischen Staaten für den Afghanistaneinsatz. Welche Rolle spielt Afghanistan für die Kooperation der EU mit Zentralasien?**

Ich möchte zunächst betonen, dass unser Interesse an Zentralasien nicht im Afghanistaneinsatz begründet ist. Aber natürlich ist Afghanistan ein wichtiger Faktor in Zentralasien, und je vertrauter wir selbst mit der Region werden, desto stärker werden wir uns der Rolle Afghanistans bewusst. Die EU und Zentralasien haben ein gemeinsames Interesse an Stabilität in Afghanistan. Kooperationen bieten sich an in Feldern wie Grenzmanagement oder Drogen- und Menschenhandel. Hier können wir mit den BOMCA und CADAP Programmen sehr erfolgreiche Projekte in Zentralasien vorweisen. Es betrifft aber auch das Thema Wasser und Energie, schließlich gehört der Norden Afghanistans zum Aralseebecken. Deswegen haben wir im Joint Progress Report Afghanistan als eines der Themenfelder benannt, in dem wir unsere Bemühungen noch verstärken müssen. Die EU wird sich in Zukunft verstärkt bemühen, die Verbindung zwischen Zentralasien und Afghanistan in ihre Kooperation mit einzubeziehen.

**Ein zentrales Problem in Zentralasien ist das Wasser. Hier scheint mir einer der Schwerpunkte Ihrer Arbeit zu liegen. Können Sie bitte ein paar Worte zum EU-Engagement insgesamt, vielleicht auch zur EU-Einschätzung des Roghun-Projektes und der zwischenstaatlichen Spannungen darum sagen?**

Kooperation im Management der grenzüberschreitenden Wasserressourcen in Zentralasien ist auf engste verknüpft mit regionaler Sicherheit und Stabilität. Deswegen ist, wie bereits erwähnt, Umwelt und Wasser eine von drei regionalen Initiativen im Rahmen der Zentralasienstrategie. Sie wird von Italien zusammen mit der Kommission koordiniert. Bei unserer letzten diesbezüglichen Ministerkonferenz in Rom im November 2009 haben wir eine gemeinsame Umwelt- und Wasser-Plattform etabliert, mit der wir unsere Projekte koordinieren und den politischen Dialog intensivieren. Die Wasserprojekte der EU setzen sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene an, sowie auf der Ebene einzelner Flussbecken. So organisieren wir im Rahmen der Europäischen Wasserinitiative »National Policy Dialogues« (NPD), nationale Politikdialoge zu Wasser. Diese bringen Entscheidungsträger aus den Ministerien des Landes, von NGOs und Geberorganisationen zusammen, um Strategien zu nachhaltiger Wassernutzung zu entwickeln. In Kirgistan führen wir einen solchen NPD seit 2008 durch, in Usbekistan und Tadschikistan werden diese voraussichtlich noch dieses Jahr starten. Weitere Projekte kommen von den Mitgliedsstaaten – herausragend ist hier der Beitrag, den Deutschland mit dem so genannten »Berliner Prozess« leistet. Dieser wurde 2008 als deutscher Beitrag zur Umsetzung der Zentralasienstrategie ins Leben gerufen. Auch hier setzen die Projekte auf verschiedenen Ebenen an: nationale Pilotprojekte, zwischenstaatliche Projekte an kleinen Flüssen und die Unterstützung der regionalen Kooperationsstruktur. Zu meiner Einschätzung der gegenwärtigen Situation: ja, die wasserpolitische Situation in Zentralasien ist von Spannungen geprägt, vor allem zwischen Usbekistan und Tadschikistan aufgrund der Debatte um den Bau des Wasserkraftwerks Roghun in Tadschikistan und der bisher scheinbar damit verbundenen Blockade von Güterwaggons. Andererseits gibt es auch positive Entwicklungen: Usbekistan und Tadschikistan haben einer unabhängigen Machbarkeitsstudie zum Roghun unter Weltbank-Führung zugestimmt. Auf regionaler Ebene arbeiten die fünf Staaten zusammen an der institutionellen Reform des IFAS (Internationaler Fonds zur Rettung des Aralsees) und der Entwicklung des neuen »Aral Sea Basin Program« (ASBP-3). Beide Prozesse werden aktiv von der EU und Mitgliedsstaaten unterstützt, zum Beispiel durch die Entsendung von Experten. Der IFAS ist die einzige regionale Organisation, in der alle fünf Staaten vertreten sind, und momentan gibt es ein »window of opportunity« diese Organisation zu einer effektiven Institution zu reformieren. Dies stößt natürlich auch auf Widerstände, und erfordert deswegen nicht nur unsere finanzielle, sondern auch unsere politische Unterstützung.

Es ist ja ein Grundproblem vieler EU-Initiativen und -strategien, dass sie während der Präsidentschaft eines Landes lanciert werden, danach aber ein wenig in Vergessenheit geraten. Wie ist das in Bezug auf die Zentralasienstrategie? Fühlen Sie sich in Ihrer Arbeit von EU-Seite genügend unterstützt? Ist die Strategie immer noch vor allem ein deutsches Projekt? Hat sich durch die neue Bundesregierung, speziell den neuen Außenminister, etwas geändert?

Es war ein Verdienst Deutschlands, die Strategie maßgeblich initiiert zu haben. Andere EU-Mitgliedstaaten haben diese Initiative unterstützt und positiv aufgenommen. Die Strategie hat dadurch zweifellos zur Verstärkung und zur Intensivierung der EU-Politik beigetragen. Zentralasien steht heute regelmäßig auf der Tagesordnung im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee und im Rat der Außenminister. Die EU hat ihre Mittel für die Zusammenarbeit verdoppelt. Viele Mitgliedstaaten ergänzen diese Arbeit durch bilaterale Projekte – das alles im Rahmen der Strategie. Der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in Astana am 18. Juli sowie die ungewöhnliche gemeinsame Reise der beiden Außenminister Westerwelle und Kouchner nach Kirgistan am 16. Juli, im Anschluss an Westerwelles Besuch in Usbekistan, haben gezeigt, dass Zentralasien eine wichtige Region für die deutsche Außenpolitik bleibt.

**Was sind die Zukunftspläne der EU in Bezug auf Zentralasien? Welche konkreten Pläne haben Sie für die nächste Zeit?**

Der Implementierungsbericht nennt vier Dimensionen, in denen die Aktivitäten verstärkt werden sollen: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie; Sicherheit im weiten Sinn; Wasser und Energie; sowie Afghanistan. Hier brauchen wir auch die aktive Unterstützung der Mitgliedstaaten. Viele haben ihre Aktivitäten und Mittelaufwendungen in den letzten Jahren gesteigert. Deutschland hat mit dem »Berliner Prozess« einen unverzichtbaren Bestandteil der Wasserinitiative lanciert. Das Engagement von Frankreich und Italien habe ich ebenfalls bereits genannt. Polen ist sehr aktiv in der Bildungsinitiative und hat sein Stipendienprogramm für zentralasiatische Studierende erweitert. Finnland hat ein »Wider Europe Program« gestartet, das die östlichen EU-Nachbarn, den Kaukasus und Zentralasien umfasst. Und es gibt viele weitere Beispiele. All diese Beiträge haben die Zentralasienstrategie erst zu dem gemacht, was sie ist. Die Fortdauer dieses gut koordinierten Engagements ist die Grundlage dafür, dass die Zentralasienstrategie ihre volle Wirkung entfalten kann.

**Vielen Dank!**

*Die Fragen stellte Beate Eschment.*

**Chronik**
**Vom 19. Juni bis 23. Juli 2010**
**Kasachstan**

19.6.2010	Premierminister Karim Massimow kündigt in einem Interview an, dass Kasachstan bei den Verhandlungen um die Ausbeutung des Karachaganak-Gaskondensat-Feldes ebenso auf seine Interessen bestehen werde wie vor drei Jahren im Fall von Kaschagan.
20.6.2010	Der Bürgermeister von Astana, Imangali Tasmagambetow, fliegt aus Anlass der Benennung einer Straße nach Präsident Nursultan Nasarbajew ins jordanische Amman.
20.6.2010	Bei einer Explosion in einem Schacht des Unternehmens Kasachmys im Gebiet Karaganda sterben drei Bergleute.
21.6.2010	Präsident Nasarbajew hält ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau für Kirgistan für notwendig. In einem Interview mit dem Fernsehsender Chabar bietet er Unterstützung bei dessen Ausarbeitung und Durchführung an.
21.6.2010	Vizepremierminister Umursak Schukejew spricht sich bei einer Sitzung beider Kammern des Parlaments für die Gründung einer Bank zur Kreditvergabe im Agrarsektor aus.
21.6.2010	Russland führt ein Importverbot für Fleisch aus Kasachstan ein, nachdem es im Gebiet Akmola Fälle von Maul- und Klauenseuche gegeben hat.
22.6.2010	Im Gebiet Mangystau gelingt 13 Häftlingen die Flucht aus einem Gefängnis, fünf werden getötet. Nach Angaben des Leiters der Anstalt sind die Geflohenen Anhänger einer islamischen Sekte.
23.6.2010	Der Außenminister und derzeitige OSZE-Vorsitzende Kanat Saudabajew reist zu einem offiziellen Besuch nach Aschhabad.
23.6.2010	Der Chef von Air Astana, Peter Foster, gibt die Einrichtung einer neuen Flugverbindung Almaty-Ürümqi ab Anfang Juli bekannt.
23.6.2010	Premierminister Massimow nimmt an einer Sitzung des Koordinationsrates von Regierung und Unternehmerschaft teil. Thema ist das neue Programm »Road Map 2020« zur wirtschaftlichen Entwicklung.
24.6.2010	Der Leiter des OSZE-Zentrums in Astana, Alexandr Keltshewskij, empfiehlt Kasachstan, die Konvention zum Kampf gegen die Korruption zu verabschieden.
24.6.2010	Im Gebiet Pawlodar sterben mehrere Menschen an Milzbrand.
27.6.2010	Bei der Festnahme der geflüchteten Häftlinge im Gebiet Mangystau kommen mehrere von ihnen bei Schusswechseln mit den Sicherheitskräften zu Tode.
28.6.2010	Präsident Nasarbajew ruft die Kasachstaner während einer Live-Übertragung im Fernsehen auf, einen Beitrag zur Entwicklung des Landes zur Industrie- und Innovationsgesellschaft zu leisten. Während der Sendung werden mehrere große Investitionsprojekte offiziell eingeweiht. Nasarbajew kündigt an, dass die Wirtschaft des Landes bis zum Jahr 2020 um 150 Prozent wachsen werde.
28.6.2010	Fitch Ratings attestiert den kasachstanischen Banken eine langsamere Erholung als der gesamten kasachstanischen Volkswirtschaft.
29.6.2010	Präsident Nasarbajew erklärt auf einer Konferenz, dass sich die OSZE im Rahmen ihrer humanitären Tätigkeit nicht nur auf die Beobachtung von Wahlprozessen konzentrieren sollte.
30.6.2010	Außenminister Saudabajew und seine amerikanische Amtskollegin Hillary Clinton diskutieren in einem Telefonat die aktuelle Lage in Kirgistan.
30.6.2010	Kasachstan wird die Anforderungen an Unternehmen hinsichtlich der Rechte zum Abbau von Rohstoffen erhöhen, kündigt Präsident Nasarbajew bei einem Kongress an.
1.7.2010	ABD-Vize-Präsident Zhao Xiaoyu warnt beim III. Wirtschaftsforum in Astana, dass das schnelle wirtschaftliche Wachstum Kasachstans das Land in eine Entwicklungsfalle führen könnte, wie sie für Staaten mit mittlerem Einkommensniveau typisch ist.
2.7.2010	Der Direktor des Weltbankbüros in Kasachstan, Konstantin Huber, erklärt während des III. Wirtschaftsforums in Astana, dass Kasachstan im Umgang mit der Krise wichtige Erfolge erzielt habe.
2.7.2010	Eine französische Regierungsdelegation trifft zu Gesprächen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Astana ein.

3.7.2010	Der ehemalige stellvertretende Chef der Industrie- und Handelskammer, Serik Turschanow, wird zu neun Jahren Lagerhaft wegen Hinterziehung von Haushaltsgeldern verurteilt. Die mit dem Korruptionsfall in Verbindung stehenden stellvertretenden Chefs der Agentur für Statistik werden mit fünf bzw. sechs Jahren Haft bestraft.
5.7.2010	Der Regierungsrat der EurasEC und das höchste Organ der geplanten Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus tagen in Astana. Kirgistan und Tadschikistan melden Interesse an einem Beitritt zur Zollunion an.
5.7.2010	Kasachstan und Russland halten trotz der Bedenken Belarus' am Verzicht auf eine Zollgebühr auf Exporte im gemeinsamen Handel bis zur Einführung einer Freihandelszone fest.
6.7.2010	Der 70. Geburtstag von Präsident Nasarbajew und der Tag der Stadt Astana werden als offizieller Staatsfeiertag begangen. An der Eröffnung des von Norman Foster entworfenen Vergnügungs- und Einkaufszentrums Khan Shatyr in Form eines 150m hohen Zeltes nehmen neben Nasarbajew auch die Präsidenten Russlands, der Türkei, der Ukraine, Tadschikistans und Armeniens teil.
7.7.2010	Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung Alma Ata Info, Ramasan Jesergepow, tritt in einem Gefängnis im Gebiet Schambyl in den Hungerstreik, um auf die schlechten Haftbedingungen in Kasachstan aufmerksam zu machen.
8.7.2010	Ein Gericht der Stadt Almaty lehnt die Einleitung eines Verfahrens aufgrund der Klage der Journalistin Schanna Baitelowa gegen die Chefs beider Kammern des Parlaments, Kasymschomart Tokajew und Ural Muchamedschanow, sowie Premierminister Massimow wegen ihrer Unterschrift unter dem Gesetz zum Führer der Nation ab.
9.7.2010	In Ekibastus, Gebiet Pawlodar, werden drei mutmaßliche Mitglieder der islamischen Gruppierung Tablighi Jamaat aufgrund missionarischer Tätigkeit festgenommen.
9.7.2010	Nach Angaben des Ministeriums für Katastrophenschutz steigt in der Stadt Almaty durch hohe Temperaturen und Gletscherschmelze die Gefahr von Schlammlawinen. Die Stadtverwaltung dementiert entsprechende Berichte.
9.7.2010	Ein Abkommen über den Transport von Spezialgütern als Nachschub für die US-Truppen in Afghanistan über kasachstanisches Territorium wird ratifiziert.
9.7.2010	Die oppositionelle Zeitung Uralskaja Nedelja publiziert aus Protest gegen ein Gerichtsurteil eine Ausgabe mit leerer erster Seite. Die Redaktion der Zeitung war aufgrund eines kritischen Beitrags zur Zahlung einer Strafe von 20 Mio. Tenge (ca. 133.000 US-Dollar) an das Unternehmen Tengizneftestroy verurteilt worden.
10.7.2010	Nach einem Regierungsbeschluss wird ab Ende Juli für eine Expressbearbeitung bei der Ausstellung von Visa eine erhöhte Gebühr fällig.
12.7.2010	Das Industrieministerium nimmt die Erlaubnis zum Verkauf eines weiteren großen Aktienpakets des Unternehmens Kazakhgold an die russische Polyus Soloto zurück.
12.7.2010	Das Außenhandelsvolumen hat im Zeitraum von Januar bis Mai 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 40 % zugenommen, heißt es aus der Agentur für Statistik.
13.7.2010	In Astana beginnt das Berufungsverfahren gegen Ex-Kazatomprom-Chef Mughtar Dschakijew.
13.7.2010	Durch die Einführung einer Zollgebühr von 20 US-Dollar je t für Rohöl- und Erdölprodukte werden allein in diesem Jahr Einnahmen in Höhe von 60 Mrd. Tenge (ca. 400 Mio US-Dollar) erwartet, erklärt Finanzminister Bolat Schamischew bei einer Pressekonferenz.
14.7.2010	Dem Staatskonzern Kazachmys droht eine Strafe wegen eines Umweltvergehens, heißt es aus der Staatsanwaltschaft des Gebiets Karaganda. Demnach sind bei einem Zwischenfall im Kupferkombinat von Balchasch am 9.7. über zwei Tage hinweg bis zu 1.300 m <sup>3</sup> giftige Abfälle pro Stunde in den Balchaschsee gelangt.
14.7.2010	Die Regierung entsendet eine Arbeitsgruppe unter der Führung von Vize-Premierminister Schukejew, die ein Programm zum Wiederaufbau der Städte Osch und Dschalalabad ausarbeiten soll.
15.7.2010	Nach einem Bericht der Nationalbank hat die Höhe der Auslandsinvestitionen in Kasachstan zum März 2010 140 Mrd. US-Dollar erreicht. Die wichtigsten Investoren waren die Niederlande, die USA und China.
16.7.2010	In Almaty findet ein inoffizielles OSZE-Außenministertreffen statt. U. a. wird beschlossen, den von Kasachstan gewünschten OSZE-Gipfel im Oktober dieses Jahres in Astana abzuhalten.
16.7.2010	Die Außenminister Aserbaidschans und Armeniens treffen sich in Astana zu Verhandlungen über die Lösung des Nagornyj-Karabach-Konfliktes.
18.7.2010	Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft zu einem sechsstündigen Staatsbesuch in Astana ein. Themen der Gespräche auf höchster Ebene sind die bilateralen Beziehungen in Wirtschaft, Politik, Bildung und Kultur. Präsident Nasarbajew fordert u. a. eine schnellere Umsetzung des Nabucco-Projektes.

20.7.2010	Außenminister Saudabajew reist zur internationalen Afghanistan-Konferenz nach Kabul.
20.7.2010	Wie das Außenministerium mitteilt, nehmen die Grenzkontrollposten an der kirgisisch-kasachstanischen Grenze wieder im vollen Umfang ihre Arbeit auf.
20.7.2010	Alberto Contador von Team Astana übernimmt bei der Tour de France das Gelbe Trikot des Führenden in der Gesamtwertung.
22.7.2010	In Kasachstan sind nach Angaben des Zentrums zur Vorbeugung und Kampf gegen HIV/AIDS knapp 15.000 HIV-Ansteckungen registriert, darunter ca. 3.000 allein in der Stadt Almaty.
22.7.2010	In einem Beitrag in der New York Times wird darauf hingewiesen, dass auf dem Tengiz-Ölfeld in Kasachstan täglich mehr Erdöl unter weniger großen Risiken für die Umwelt gefördert werden könnte als im Golf von Mexiko.
23.7.2010	Tengizchevroil wird wegen des nicht genehmigten Abfackelns großer Mengen von Erdgas auf dem Tengiz-Ölfeld eine Strafe in Höhe von 200 Mio. Tenge (ca. 1,4 Mrd. US-Dollar) zahlen, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.

## Kirgistan

19.6.2010	Nachdem die usbekischen Bewohner von Osch nicht, wie von den Behörden gefordert, die Barrikaden, die sie zu ihrem Schutz um ihre Stadtviertel errichtet hatten, beseitigt haben, beginnt das Militär mit der Räumung, ohne auf Widerstand zu stoßen.
20.6.2010	Die britischen Grenzbehörden Nachrichten dementieren Berichte, nach denen sie dem Sohn des Ex-Präsidenten, Maksim Bakijew, zeitweises Asyl gewährt hätte, meldet ITAR-TASS.
20.6.2010	Die Außenminister der USA und Russlands, Hillary Clinton und Sergej Lawrow, erörtern bei einem Telefongespräch u. a. auch die Situation in Kirgistan und betonen die Wichtigkeit eines ordnungsgemäß durchgeführten Referendums zur Stabilisierung der Lage.
21.6.2010	Nach Angaben des Justizministeriums wurden seit dem 7.4. 11 neue politische Parteien offiziell registriert. Ihre Gesamtzahl beträgt damit 115.
21.6.2010	Der Ausnahmezustand für die Stadt Osch und angrenzende Gebiete wird bis zum 25.6. verlängert.
21.6.2010	In der von Usbeken bewohnten Ortschaft Nariman, Gebiet Osch, werden bei einem Polizeieinsatz zwei Bewohner getötet, viele durch Schüsse verletzt.
21.6.2010	Nach neuen Zahlen des Gesundheitsministeriums haben die Unruhen 208 Tote und 2.101 Verletzte gefordert. Die Behörden im Süden nennen dagegen weiterhin mehr als 2.000 Tote.
21.6.2010	Nach Angaben der Grenztruppen sei die Lage an der Grenze zu Usbekistan ruhig, am Vortag seien mehr als 7.000 Personen nach Kirgistan zurück gekehrt.
21.6.2010	Viktor Iwanow, Direktor des Föderalen Drogenkontrolldienstes der RF, sieht auch die für den Drogenhandel verantwortlichen Kriminellen als Hintermänner der Unruhen im Süden Kirgistans und schlägt die Einrichtung einer russischen Militärbasis für den Kampf gegen die aus Afghanistan kommenden Drogen vor.
21.6.2010	Es wird bekannt, dass die OSZE die geplante Vollbeobachtung des Referendums aus Sicherheitsgründen abgesagt hat.
22.6.2010	Der Pressedienst der Übergangsregierung entschuldigt das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte im Dorf Nariman mit der Notwendigkeit, möglichst schnell alle Bewaffneten auszuschalten.
22.6.2010	Die Ferienregion Issyk-Kul meldet, dass alles für die Saison vorbereitet ist. Die Preise sollen bis zu 30 % unter dem Durchschnitt liegen.
22.6.2010	Der Präsident des islamischen Kulturzentrums Russlands, Abdul Wahed Nijasow, macht bei einem Besuch in Bischkek ein religiöses Vakuum für die Unruhen verantwortlich.
22.6.2010	Nach ersten Informationen sind im Gebiet Osch zehn und in Dschalalabad sieben Lager für die aus Usbekistan zurückkehrenden Flüchtlinge errichtet worden.
22.6.2010	In Osch treffen die ersten Flugzeuge mit UN-Hilfslieferungen ein.
22.6.2010	US-Aid stellt 22,8 Mio. US-Dollar für humanitäre Hilfe im Süden Kirgistans zur Verfügung.

22.6.2010	In Bischkek werden mehrere Personen wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses festgenommen, die während der Unruhen im Süden Gerüchte oder Flugblätter verbreitet hatten. Im Süden des Landes wurden 20 Heckenschützen dingfest gemacht, darunter auch Ausländer.
22.6.2010	Ein Sprecher der Übergangsregierung beschuldigt westliche Journalisten einer einseitigen Berichterstattung über die Unruhen.
23.6.2010	Durch Dekret der Übergangsregierung erhalten auch Flüchtlinge, die ihre Personalpapiere verloren haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht zur Teilnahme am Referendum.
23.6.2010	Der OSZE-Sondergesandte für Zentralasien, Kimmo Kiljunen, erklärt, dass die Situation für das Referendum schwierig sei, es nicht abzuhalten, aber noch problematischer.
23.6.2010	Der Pressedienst der Regierung meldet die Verhaftung von Sandscharbek Bakijew, einem Neffen des Ex-Präsidenten.
23.6.2010	Verschiedene westliche Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten, dass kirgisische Truppen in usbekischen Vierteln von Osch Menschen verprügeln und unrechtmäßig festnehmen.
24.6.2010	Human Rights Watch fordert die unverzügliche Freilassung des Menschenrechtlers Asimschan Askarow und eine unabhängige Untersuchung des Falls.
24.6.2010	Fünf am Vortag entführte Mitglieder einer Wahlkommission in Osch werden unverletzt befreit.
24.6.2010	Der staatliche nationale Sicherheitsdienst nennt internationale terroristische Organisationen wie die IMU als Akteure hinter den Unruhen. Ziel sei eine Destabilisierung der gesamten Region.
25.6.2010	Uznews.net meldet, dass verschiedene US-amerikanische Institutionen zusammen 32 Mio. US-Dollar Hilfsleistungen für den Wiederaufbau des Südens angewiesen hätten.
27.6.2010	In ganz Kirgistan findet das Verfassungsreferendum statt. Rosa Otunbajewa gibt ihre Stimme in Osch ab.
27.6.2010	Die CSTO beschließt innerhalb der nächsten zehn Tage eine Mission zur Untersuchung der Situation im Süden Kirgistans zu entsenden, die Vorschläge zur Stabilisierung machen soll.
27.6.2010	Der Ausnahmezustand in Osch und Dschalalabad wird bis zum 10.8. verlängert.
27.6.2010	Mehrere Mitglieder der Übergangsregierung kündigen in getrennten Stellungnahmen eine Regierungsumbildung ungefähr für den 10. Juli an.
27.6.2010	Übergangspräsidentin Otunbajewa bewertet gegenüber Journalisten den eventuellen Einsatz von OSZE-Polizeikräften im Süden grundsätzlich positiv.
28.6.2010	Nach ersten vorläufigen Ergebnissen haben ca. 70 % der Bevölkerung am Referendum teilgenommen, mehr als 90 % haben der neuen Verfassung zugestimmt.
28.6.2010	Der Chef der OSZE-Mission zur Beobachtung des Referendums, Boris Frlec, erkennt die Ergebnisse des Referendums an, erklärt aber, dass der Ablauf internationalen Standards nicht ganz entsprochen habe.
28.6.2010	Vertreter mehrerer Oppositionsparteien äußern Zweifel am rechtmäßigen Zustandekommen der Ergebnisse des Referendums.
28.6.2010	Der russische Präsident Medwedjew äußert Zweifel daran, ob das nun geltende parlamentarische Modell für Kirgistan geeignet sei.
29.6.2010	Der französische Außenminister Bernard Kouchner gibt bekannt, dass er seinen Menschenrechtsbeauftragten nach Bischkek entsandt hat.
1.7.2010	Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN, Antonio Guterres, fordert politische Entscheidungen zur Lösung der humanitären Katastrophe im Süden, mehr Hilfe und ein besser koordiniertes Vorgehen der Spender.
1.7.2010	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft laufen bisher 758 Untersuchungsverfahren im Zusammenhang mit den Unruhen.
2.7.2010	Das offizielle Ergebnis des Referendums steht fest und ist in den Medien publiziert. Damit ist die neue Verfassung in Kraft getreten.
2.7.2010	Der Generalsekretär der CSTO, Nikolaj Bordjuscha, bezweifelt in einem Interview, dass ausländische Truppen seiner oder anderer Organisationen die Situation im Süden Kirgistans hätten stabilisieren können.
2.7.2010	Amnesty International fordert von der Übergangsregierung die unverzügliche Freilassung des usbekischen Journalisten Ulugbek Abdusalamow, der am 14.6. in Basar Korgan verhaftet worden war.

2.7.2010	Der stellvertretende Premierminister Omurbek Tekebajew teilt mit, dass er aus der Regierung ausscheide, um sich am Parlamentswahlkampf zu beteiligen.
2.7.2010	17 LKW-Fahrer usbekischer Nationalität, die bei Ausbruch der Unruhen Asyl in China gefunden hatten, kehren nach Kirgistan zurück, 18 weitere bleiben in der Volksrepublik.
2.7.2010	Im Gebiet Dschalalabad kommen 14 Menschen mit Verdacht auf Milzbrand ins Krankenhaus.
2.7.2010	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Pierre Morel, sagt Außenminister Ruslan Kasakbajew bei einem Treffen EU-Hilfe für den Wiederaufbau im Süden zu.
3.7.2010	Rosa Otunbajewa legt den Amtseid als neue Präsidentin Kirgistans ab.
3.7.2010	Während eines Besuches des türkischen Außenministers Ahmet Davutoglu wird ein Abkommen über eine türkische Finanzhilfe von 21 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
5.7.2010	Der ständige Rat der OSZE erklärt seine Bereitschaft Bischkek bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung zu unterstützen und eine Polizeimission zu entsenden.
5.7.2010	Finanzminister Temir Sarijew beziffert auf einer Kabinettsitzung die Höhe der Schäden der Unruhen allein für die Privatwirtschaft auf ca. 1,6 Mrd. Som (34 Mio. US-Dollar).
5.7.2010	Die EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, Kristalina Georgieva, kündigt Hilfen der Organisation für den Süden des Landes an.
5.7.2010	100 Mitarbeiter der staatlichen Agentur für Umweltschutz und Forsten demonstrieren in Bischkek für die Absetzung ihres Chefs, des Mitglieds der Übergangsregierung, Toptschubek Turgunalijew, wegen Inkompetenz.
5.7.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret, mit dem 200 Mio. Som (4,2 Mio. US-Dollar) zur Vorbereitung des nächsten Schuljahres angewiesen werden.
6.7.2010	Die Koordinatorin für das Ressort Soziales der Übergangsregierung, Elmira Ibrahimowa, erklärt ihren Rücktritt.
6.7.2010	Aus dem bisherigen Institut für Strategische Studien beim Präsidenten, dem Institut für Entwicklung und einem Teil der Zentralagentur für Entwicklung, Investitionen und Innovationen wird von der Übergangsregierung das Nationale Institut für Strategischen Studien der Kirgisischen Republik gebildet.
7.7.2010	Der ehemalige Mufti von Kirgistan, Haji Murataly Dschumanow stirbt im Alter von 37 Jahren. Er war vor drei Monaten wegen einer Krebserkrankung zurückgetreten.
7.7.2010	Die Bundesregierung stellt 200.000 Euro für die Vorbereitung der Parlamentswahl zur Verfügung.
7.7.2010	Kubatbek Bajbolow wird Nachfolger des bisherigen Innenministers Bolot Scher.
7.7.2010	Bei einem Treffen mit Mitgliedern des diplomatischen Corps in Bischkek nennt Interimsaußenminister Ruslan Kasakbajew die Schaffung von zwischenethnischem Frieden und interreligiöser Toleranz die absolute Priorität der Arbeit der Übergangsregierung.
7.7.2010	Asimbek Beknazarow kündigt vor der Presse seinen Rückzug aus der Interimsregierung an, um an der Parlamentswahl teilnehmen zu können.
7.7.2010	Das Management von VTB, der zweitgrößten Bank der Russischen Föderation, beschließt die Schließung ihrer Niederlassung in Kirgistan wegen Sicherheitsbedenken.
8.7.2010	Russland zieht die Truppen, die es Mitte Juni zum Schutz des Luftwaffenstützpunktes in Kant entsendet hatte, wieder zurück.
9.7.2010	Der Fernsehsender KTK meldet, dass es in Kirgistan einen inoffiziellen Boykott des Songs gäbe, den der usbekische Popstar Juldus Usmanowa in Reaktion auf die Unruhen in Osch herausgebracht hatte. In Läden würde die CD zerstört, Sender würde den Song nicht spielen.
9.7.2010	Der Sondergesandte des russischen Präsidenten für Kirgistan, Wladimir Ruschailo, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass der russische Anteil an der Stabilisierung der Lage im Süden Kirgistans bedeutend sei und sein Land sich auch weiter engagieren werde.
9.7.2010	Die Pressestelle des Notstandsministeriums teilt mit, dass nach den bisherigen Untersuchungen der Schäden die Summe der Verluste der Unruhen in Osch und Dschalalabad auf knapp 3,3 Mrd. Som (70,1 Mio. US-Dollar) geschätzt werde.
9.7.2010	Vertreter von Menschenrechtsorganisationen demonstrieren vor dem Gebäude der UN-Niederlassung in Bischkek gegen das Vorgehen der kirgisischen Polizei und für die Entsendung von OSZE-Polizeitruppen ins Ferghana-Tal.

9.7.2010	Angehörige des Nationalen Sicherheitsdienstes beschlagnahmen das Archiv der privaten Fernsehgesellschaft Osh TV und verhören den Direktor mehrere Stunden lang ohne rechtliche Grundlage.
9.7.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft, der Nationale Sicherheitsdienst, das Innenministerium und die Führung weiterer mit Strafverfolgung befasster Organe fordern in einer gemeinsamen Anordnung ihre Mitarbeiter zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bei ihren Operationen auf.
12.7.2010	Asimbek Beknasarow stellt die Vereinigte Volksbewegung vor, eine neue Partei, mit der er an den Parlamentswahlen teilnehmen will.
12.7.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret über eine neue Struktur der Regierung.
12.7.2010	Der kirgisische Geschäftsträger in der RF, Ulugbek Tschinalijew, erklärt auf einer Pressekonferenz in Moskau, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Bedarf an ausländischen Friedenstruppen bestehe. Seine Regierung habe die Situation im Süden unter Kontrolle.
12.7.2010	Melisbek Myrsachmatow, der Bürgermeister von Osch, fordert, dass seine Stadt Hauptstadt Kirgistans werden solle. Alle notwendigen Voraussetzungen seien vorhanden.
12.7.2010	Der 1. stellvertretende Übergangspremier, Almasbek Atambajew, teilt nach seinem Treffen mit dem russischen Premier Putin mit, dass Russland weitere 10 Mio. US-Dollar sowie 20.000 t Dieseltreibstoff und 1.500 t Saatgut zur Verfügung stelle.
12.7.2010	Kirgistan unterzeichnet einen Stromliefervertrag mit fünf kasachstanischen Elektrizitätsgesellschaften über die Lieferung von 1,8 Mrd. kWh Strom im Wert von 56,9 Mio. US-Dollar für die Zeit bis November. Der Strom wird aus den überfüllten Stauseen des Landes gewonnen.
12.7.2010	In einem Interview mit der russischen Zeitung Kommersant macht der bisherige stellvertretende Premierminister Beknasarow den Führer der Usbeken, Kadyrschan Batyrow, für den Ausbruch der Unruhen verantwortlich.
12.7.2010	In Bischkek beginnt ein gegen den Chef des Unternehmens, Argyun Malabajew, gerichteter Streik der Mitarbeiter der staatlichen Eisenbahn.
13.7.2010	Präsidentin Otunbajewa empfängt den Berater des US-Präsidenten, Michael McFaul, zu Gesprächen über die Situation im Land und die Zusammenarbeit.
13.7.2010	In Moskau erklärt der Kommandeur der russischen Luftwaffe, General Aleksandr Zelin, dass man keine Erweiterung der Luftwaffenbasis in Kant plane, dies aber bei einer entsprechenden kirgisischen Bitte nicht ausgeschlossen sei.
13.7.2010	Tekebijew widerspricht Gerüchten, dass er mit dem Führer der Usbeken in Osch, Kadyrschan Batyrow, befreundet sei.
13.7.2010	Der 1. Vizepremier Atambajew und die Interims-Gesundheitsministerin Damira Nijasalijewa erklären ihren Rücktritt.
13.7.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret über die Bildung einer Kommission zur Entwicklung der Staatssprache, d. h. des Kirgisischen.
13.7.2010	Der Regionaldirektor der Weltbank für Zentralasien, Motoo Konishi, besucht Osch, um sich einen persönlichen Eindruck von den Zerstörungen zu verschaffen.
13.7.2010	Interfax meldet, dass sich nach Aussagen von Ärzten die Gesundheitssituation in Osch wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse ständig verschlechtere.
14.7.2010	Präsidentin Otunbajewa stellt die neue Führungsmannschaft (technisches Ministerkabinett) vor, die das Land bis zu den Parlamentswahlen führen soll, ohne die bisherige Übergangsregierung formell aufzulösen.
14.7.2010	Human Rights Watch (HRW) fordert die kirgisische Führung auf, unverzüglich die weit verbreitete Folter und willkürliche Verhaftung von Usbeken, unter Verdacht der Teilnahme an Unruhen, zu beenden.
14.7.2010	Die Aktien des örtlichen Senders Osh TV sollen an der lokalen Führung nahe stehende Personen verkauft worden, der Direktor des Senders entlassen worden sein, meldet Ferghana.ru.
15.7.2010	Ein nationales Komitee zur Untersuchung der Ereignisse im Süden des Landes unter Vorsitz des Akademiemitgliedes A. Erkebijew wird eingerichtet. Ergebnisse sollen am 10.9.2010 vorgelegt werden.
15.7.2010	Der letzte Innenminister der Regierung Bakijew, Moldomusa Kongantijew, ist nach langer medizinischer Behandlungen in Moskau vor einer Woche nach Kirgistan zurückgekehrt, gibt sein Anwalt bekannt. Kongantijew war am 6.4. in Talas schwer verletzt worden.

16.7.2010	Auf der ersten Sitzung der neuen Regierung stellt Präsidentin Otunbajewa das Programm der Regierung vor: Organisation der Parlamentswahl, Aufarbeitung der Vorgänge im Süden, Wiederaufbau des Südens, Vorbereitung auf den Winter und Förderung der Wirtschaft.
16.7.2010	Auf dem Gipfeltreffen der OSZE-Außenminister in Astana wird die von vielen Seiten geforderte Entsendung von 52 unbewaffneten Polizisten in den Süden Kirgistans und eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge unter Leitung von Kimmo Kiljunen, dem OSZE-Sonderbeauftragten für Zentralasien, beschlossen.
16.7.2010	Bundesaußenminister Guido Westerwelle besucht gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Bernard Kouchner Osch und Bischkek, wo sie mit Präsidentin Otunbajewa zusammentreffen.
16.7.2010	Präsidentin Otunbajewa ordnet die Eingliederung des bisher eigenständigen staatlichen Grenzdienstes in den staatlichen nationalen Sicherheitsdienst an.
16.7.2010	Das kirgisische Fernsehen meldet, dass nach den Ereignissen Mitte Juni bereits 3.000 Personen den Süden des Landes Richtung Russland verlassen hätten, bei vielen weiteren scheiterte die Ausreise an fehlenden Dokumenten.
17.7.2010	Auf einer im staatlichen Fernsehen übertragenen Pressekonferenz erklärt Präsidentin Otunbajewa, dass die Parlamentswahlen wie schon länger angekündigt am 10. Oktober stattfinden sollen und nennt sie einen großen Test für Stabilität des Landes.
18.7.2010	Präsidentin Otunbajewa empfängt US Deputy Secretary of State James Steinberg zu Gesprächen über Maßnahmen zur Stabilisierung des Landes.
19.7.2010	Der Beschluss, eine OSZE-Polizeitruppe nach Osch zu entsenden, findet in Kirgistan ein unterschiedliches Echo. Präsidentin Otunbajewa äußert sich positiv, Kirgistan allein könne den Schutz der Menschenrechte im Süden nicht sicherstellen. Der Ombudsmann des Landes, Tursunbek Akun, lehnt sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten genauso ab, wie der Bürgermeister von Osch und der Gouverneur von Batken.
19.7.2010	In Osch finden Demonstrationen gegen die Entsendung einer OSZE-Polizeimission statt.
19.7.2010	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Pierre Morel, trifft zu Gesprächen mit Präsidentin Otunbajewa und dem neuen Ersten Stellvertretenden Premierminister Amangeldy Muralijew zusammen und verspricht alle nur mögliche EU-Hilfe.
19.7.2010	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet von wachsenden Spannungen und verstärkten Sicherheitsmaßnahmen in Osch, Gerüchte würden neue Unruhen zwischen 20. und 27.7. voraussagen.
19.7.2010	Nach Angaben von UNHCR sind nach wie vor 75.000 Menschen im Süden Kirgistans heimatlos.
20.7.2010	Ismail Isakow, Verteidigungsminister der 1. Übergangsregierung, der das Amt auch in der neuen »technischen« Regierung behalten sollte, erklärt seinen Rücktritt. Er wolle sich als Vorsitzender der neu gegründeten Demokratischen Partei Asattyk am Parlamentswahlkampf beteiligen.
20.7.2010	Ca. 60 Angehörige von Opfern der Juni-Unruhen sprechen sich gegen die Stationierung einer OSZE-Polizeimission in Osch aus.
20.7.2010	Nach den neuesten Zahlen des Gesundheitsministeriums hat sich die Zahl der Todesopfer der Unruhen auf 335 erhöht.
20.7.2010	Die nächtliche Ausgangssperre für die Stadt Osch und angrenzende Bezirke wird um zwei Stunden verkürzt auf die Zeit von 22 Uhr bis 5 Uhr.
20.7.2010	Human Rights Watch fordert die kirgisische und usbekische Regierung auf, die Grenze zwischen beiden Staaten für Flüchtlinge usbekischer Nationalität zu öffnen.
20.7.2010	Bei der Präsentation einer neuen Ausgabe des kirgisischen Nationalepos »Manas« erklärt Präsidentin Otunbajewa, dass gerade jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Verfilmung der kirgisischen Heldensaga sei, die bei der Wiedergeburt der kirgisischen Kultur helfen würde.
20.7.2010	Der frühere stellvertretende Chef der Staatsgarde, Nurlan Temirbajew, der wegen Mord und Machtmissbrauch gesucht wurde, stellt sich in Bischkek den Behörden.
21.7.2010	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Akylbek Sarijew, fordert Veränderungen in der Gesetzgebung, um die Parlamentswahl am 10. Oktober sicher zu stellen.
21.7.2010	Nach Angaben des stellvertretenden Generalstaatsanwaltes, Ryskul Baktybajew, ist die Zahl der Kriminalverfahren wegen der Unruhen inzwischen auf 2.400 gestiegen, davon knapp 200 wegen Mordes.

21.7.2010	Kirgisische Bewohner von Osch fordern die Behörden auf, die nach ihrer Ansicht illegale Verfolgung junger Männer einzustellen.
21.7.2010	Präsidentin Otunbajewa ernannt Abibilla Kudaiberdijew zum neuen Verteidigungsminister der technischen Regierung.
21.7.2010	Vertreter der Kirgisen des Gebiets Osch fordern auf einer Pressekonferenz in Bischkek die Bestrafung der für die Unruhen Schuldigen, d. h. für sie, der Usbeken. Die bisherige Darstellung der Ereignisse sei falsch.
21.7.2010	Die Hohe Menschenrechtskommissarin der UN, Navi Pillay, äußert sich besorgt über die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Usbeken in Osch und Dschalalabad.
21.7.2010	Präsidentin Otunbajewa erklärt, dass Russland der wichtigste Verbündete und strategische Partner ihres Landes sei.
22.7.2010	Präsidentin Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret zur Bildung einer Kommission zur Stabilisierung der Lage in der Stadt Osch und den Gebieten Osch und Dschalalabad unter ihrem Vorsitz. Sie soll bis zum 10.8. unter Hinzuziehung von NGOs und internationalen Organisationen einen Aktionsplan zur Verbesserung der interethnischen Beziehungen und Stabilisierung der Lage erarbeiten.
22.7.2010	Baktygul Jejenbajewa wird zur neuen Vorsitzenden der Nationalbank ernannt.
22.7.2010	Achmat Bakijew, der polizeilich gesuchte Bruder des Ex-Präsidenten, wird in Dschalalabad verhaftet.
22.7.2010	Der amtierende Chef der Staatsagentur für Umweltschutz und Forsten, Turgunalijew, wird von seinem Posten entbunden, als Nachfolger ernannt Präsidentin Otunbajewa Mirslaw Amankulow.
22.7.2010	Der ständige Rat der OSZE in Wien bestätigt den Beschluss der Außenminister vom 16.7. über die Entsendung einer Polizeimission.
22.7.2010	Vertreter der Stadtverwaltung und der Sicherheitskräfte von Osch wenden sich auf einer Pressekonferenz gegen Berichte über nichtrechtmäßiges Vorgehen und kritisieren dabei namentlich der Erklärung der Menschenrechtskommissarin der UN.

## Tadschikistan

21.6.2010	Das Aluminiumkombinat TALCO hat die Produktion von Rohaluminium von Januar bis Mai 2010 auf rund 151.000 t gesteigert und liegt damit leicht über seinen Zielvorgaben.
21.6.2010	Nach Angaben der staatlichen Eisenbahngesellschaft hält Usbekistan nach wie vor Frachtwaggons, die für das tadschikische Gebiet Chatlon bestimmt sind, zurück. Es sollen bereits mehr als 2.000 Waggons auf Abfertigung warten.
21.6.2010	Usbekistan hebt die wegen der Polio-Epidemie verhängten Einreisebeschränkungen für Tadschiken auf.
22.6.2010	Per Dekret des Präsidenten, Emomali Rachmon, werden der monatliche Mindestlohn und die Renten auf 80 Somoni (ca. 20 US-Dollar) erhöht.
23.7.2010	Usbekistan lässt für den Bau des Sangtuda-2-Wasserkraftwerkes bestimmtes Frachtgut der iranischen Baufirma über die Grenze. Der Bau kann damit weitergeführt werden.
24.6.2010	Die Weltbank vergibt einen 10 Mio. US-Dollar-Kredit für die zusätzliche Finanzierung des Wasserressourcen-Projektes im tadschikischen Teil des Ferghana-Tales.
24.6.2010	Reuters meldet, dass das Oberste Gericht Tadschikistans vier Anhänger von Hizb ut-Tahrir wegen regierungsfeindlicher Aktivitäten zu Haftstrafen von bis zu 18 Jahren verurteilt habe.
25.6.2010	Bei einem Besuch in Murghob (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan) legt Präsident Rachmon den Grundstein für ein mit deutscher Hilfe errichtetes Wasserkraftwerk.
27.6.2010	Die diesjährigen Feiern zum Tag der nationalen Einheit, an dem vor 13 Jahren das Friedensabkommen unterzeichnet wurde, finden ohne Vertreter der damaligen Opposition statt.
30.6.2010	Nach Angaben von Tojiktransgaz hat Usbekistan als Reaktion auf nicht bezahlte tadschikische Schulden die Gaslieferungen auf ca. 1/3 der vertraglichen Menge eingeschränkt.
1.7.2010	Russland führt aktuell keine Gespräche über die Wiederentsendung russischer Grenztruppen mit der tadschikischen Führung, erklärt der Chef der russischen Drogenkontrolldienstes, Viktor Iwanow, schließt dies aber für die Zukunft nicht aus.

1.7.2010	Radio Azattyk meldet, dass Usbekistan das Abkommen mit Tadschikistan über die Nutzung des Luftraumes von 1993 annulliert habe. Dies kann die Versorgung des Nordens Tadschikistans erschweren.
2.7.2010	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret über direkte Hilfeleistungen an CSTO-Mitgliedstaaten, speziell Kirgistan.
5.7.2010	Präsident Rachmon trifft am Rande des EurasEC-Gipfels in Astana mit der kirgisischen Präsidentin Otunbajewa zu Gesprächen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit zusammen.
5.7.2010	Auf einer regulären Sitzung des Zwischenstaatlichen Rates der EurasEC wird ein 70 Mio. US-Dollar Kredit als Antikrisenmaßnahme für Tadschikistan auf den Weg gebracht.
6.7.2010	Von Tadschikistan bereitgestellte Hilfsgüter treffen in Osch ein.
6.7.2010	Das Oberste Gericht verurteilt zwei Söhne des ehemaligen Notstandsministers Mirso Zijojew zu 28 und 30 Jahren Haft wegen der Bildung einer verbotenen Gruppe, die die verfassungsmäßige Ordnung des Landes zerstören wollte.
6.7.2010	Im Stadtgebiet von Duschanbe wird ab 1.9. die Haltung von Vieh an speziell dafür ausgewiesenen Plätzen erlaubt.
7.7.2010	Weltbank und Finanzministerium unterzeichnen ein Abkommen, mit dem Tadschikistan 25,4 Mio. US-Dollar zur Armutsreduzierung zugewiesen werden.
7.7.2010	Hochrangige Offiziere der tadschikischen und afghanischen Grenztruppen durchlaufen ein gemeinsames Training am OSCE Border Management Staff College in Duschanbe.
8.7.2010	In Chudschand werden zwei Personen wegen Beteiligung an terroristischen Aktionen in Kirgistan festgenommen und an Kirgistan ausgeliefert.
10.7.2010	Nach Angaben aus dem Gesundheitsministerium sind bei der Polio-Epidemie im Frühsommer zwei Kinder gestorben, insgesamt 375 Personen erkrankt. Nachdem sich zur Überraschung der Mediziner auch Erwachsene unter den Kranken befanden, werden nun alle Bürger unter 35 Jahren geimpft.
12.7.2010	Nach Angaben aus dem Komitee für Frauen und Familienfragen hat sich die Zahl von Selbstmorden von Frauen in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelt und betrug offiziell 190.
12.7.2010	In Duschanbe wird feierlich der Grundstein für das weltweit erste »Haus Irans« gelegt. Es soll allen an Iran interessierten Tadschiken offen stehen.
14.7.2010	Sarina Rachmonowa, eine der Töchter von Präsident Rachmon, hat ihr Debüt als Sprecherin der englischsprachigen Nachrichten auf dem ersten staatlichen Fernsehkanal.
17.7.2010	Asia-Plus meldet unter Bezug auf die Staatliche Agentur für Statistik, dass das BIP des Landes in der ersten Hälfte 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,4% gestiegen sei und 9.7 Mrd. Somoni betrage (ca. 2,2 Mrd. US-Dollar).
19.7.2010	Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen macht auf dem Weg zur internationalen Afghanistan-Konferenz in Kabul einen kurzfristig beschlossenen Zwischenstopp in Duschanbe und führt Gespräche mit dem Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Amirkul Asimow, und Verteidigungsminister Scherali Chajrullojew.
19.7.2010	Der Staatshaushalt muss mit dem Ausfall von 180 Mio. Somoni (mehr als 41 Mio. US-Dollar) an Zolleinnahmen rechnen, teilt die Zollbehörde mit.
19.7.2010	Präsident Rachmon empfängt den pakistanischen Minister für Investitionen, Saleem H. Mandivwalla, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Der Minister erklärt zum Abschluss seines dreitägigen Besuches, dass sein Land bereits in der konkreten Planung des Baus, einer Verkehrsverbindung (Straße und Schiene) zwischen beiden Ländern durch den afghanischen Wachan-Korridor sei.
19.7.2010	Der spanische Außenminister, Miguel Angel Moratinos, macht auf dem Weg nach Kabul einen Zwischenstopp und trifft in Duschanbe mit seinem tadschikischen Amtskollegen Hamorochon Zarifi zusammen.
19.7.2010	Außenminister Zarifi trifft mit dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Ekmelledin Ihsanoglu, zu Gesprächen über die Situation in Afghanistan und Kirgistan zusammen.
19.7.2010	Trotz des offiziellen Verbots von Kinderarbeit bleibt tadschikische Baumwolle auf der US-amerikanischen Blacklist wegen Kinderarbeit.
20.7.2010	Abdurasul Mirsojew, der Bruder des im August 2006 wegen verschiedener Vergehen zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilten früheren Vorsitzenden der staatlichen Drogen-Kontroll-Agentur, Ghaffor Mirsojew, wird wegen Beteiligung an den Straftaten seines Bruders zu 30 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

21.7.2010	Innenminister Abdurahim Qachorow teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass Offiziere des Innenministeriums an der Untersuchungsmission der CSTO in Kirgistan beteiligt würden. Bislang habe die kirgisische Seite keine Beweise für die Beteiligung tadschikischer Staatsbürger an den Unruhen vorgelegt, der Minister schließt sie aber nicht aus.
21.7.2010	Ein Sprecher der staatlichen Eisenbahngesellschaft teilt mit, dass die usbekische Seite die sukzessive Abfertigung der an der Grenze zurückgehaltenen mehr als 2.000 Eisenbahnwaggons ab dem 21.7. angekündigt habe.
21.7.2010	Im Gebiet Sogd wird eine zeitweise Stromrationierung eingeführt.
21.7.2010	Die britische Firma Innovative Road Solutions (IRS) senkt drei Monate nach der Einführung die Maut für den von ihr verwalteten Straßenabschnitt Lakat im Bezirk Istarafschan um 50 %.
22.7.2010	Der Leiter der staatlichen Luftnavigation teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass eine zeitweise Einigung mit Usbekistan über die Nutzung und Sicherung des jeweiligen Luftraumes erzielt wurde, für die ab sofort gezahlt werden muss.
22.7.2010	Der US-amerikanische Botschafter in Tadschikistan, Kenneth Gross, eröffnet ein von den USA finanziertes Zollabfertigungsgebäude in Pandsch-i Poyon an der Grenze zu Afghanistan.
22.7.2010	Arbeitsminister Mahmadamin Mahmadaminow teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Regierung die Umsiedlung von 1.500 Familien aus den vom Wasser des geplanten Roghun-Stausees bedrohten Tälern plane, knapp 500 weitere seien bereits umgezogen.
22.7.2010	In Duschanbe wurden die nächtlichen Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen des Kampfes gegen den Drogenhandel verschärft.
22.7.2010	Mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten tritt eine Änderung des Strafrechtes in Kraft, nach der Wirtschaftsvergehen nicht mehr mit Freiheitsentzug, sondern durch Geldzahlungen bestraft werden.
23.7.2010	Nachdem die tadschikische Seite ihre Schulden in Höhe von 2 Mio. US-Dollar an Uztransgaz bezahlt hat, wurde die Gaslieferung aus Usbekistan wieder in vollem Umfang aufgenommen.

## Turkmenistan

19.6.2010	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow kündigt bei einem Treffen mit einer chinesischen Regierungsdelegation eine Erhöhung der Gasexporte nach China an.
22.6.2010	Im Rating der schlimmsten Diktatoren der Welt, das von der US-amerikanischen Zeitschrift Foreign Policy herausgegeben wird, belegt Präsident Berdymuchammedow den fünften Rang.
24.6.2010	In Aschchabad wird eine Konferenz zum Thema Abrüstung eröffnet, an der neben dem kasachstanischen Außenminister und derzeitigen OSZE-Vorsitzenden Kanat Saudabajew auch der stellvertretende UNO-Generalsekretär Sergio de Queiroz Duarte teilnehmen.
27.6.2010	Der dritte Band ausgewählter Schriften von Präsident Berdymuchammedow wird veröffentlicht.
29.6.2010	Präsident Berdymuchammedow bietet sich als Unterhändler für Friedensgespräche zwischen Vertretern verschiedener ethnischer Gruppen in Afghanistan an, heißt es in einer Stellungnahme des Außenministeriums.
30.6.2010	Im vom amerikanischen Unternehmen Mercer herausgegebenen Rating der teuersten Städte für Touristen rangiert Aschchabad auf einem der hintersten Ränge.
6.7.2010	Der Berater der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Fragen des UN-Sekretariats, Alexej Tichomirow, trifft in Aschchabad mit Präsident Berdymuchammedow zusammen.
7.7.2010	Die US-Kommission zur weltweiten Freiheit der Religionsausübung erklärt in einem Bericht ihre Besorgnis über die Rechte von Gläubigen in Turkmenistan.
10.7.2010	Präsident Berdymuchammedow warnt davor, bei der Einführung einer Mehrparteienlandschaft und von privaten Massenmedien zu schnell vorzugehen.
10.7.2010	Während einer erweiterten Kabinettsitzung erklärt Präsident Berdymuchammedow die Woche vom 11. bis 18.7. aufgrund wirtschaftlicher Erfolge für Staatsbeschäftigte für arbeitsfrei.
12.7.2010	Den Journalisten Annamamed und Jelena Mjatijewa wird nach einem gescheiterten ersten Versuch die Ausreise aus dem Land zu einer Operation nach Amsterdam gestattet.

20.7.2010	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien, Pierre Morel, sowie UNECE-Generalsekretär Jan Kubis und die Direktorin des europäischen Büros der WHO, Zsuzsanna Jakab, zu Gesprächen.
22.7.2010	In einer Meldung des Institutes for War and Peace Reporting (IWPR) werden Zweifel an den offiziellen Zahlen der turkmenischen Regierung zur diesjährigen Getreideernte geäußert. Einem unabhängigen Experten zufolge läge die Ernte nur bei etwa 800.000 t statt der im Plan vorgesehenen 1,6 Mio. t. Getreide und Mehl würden stattdessen in Kasachstan zugekauft.

## Usbekistan

19.6.2010	Robert Blake, US Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, lobt den raschen und konstruktiven Umgang der usbekischen Regierung mit dem Problem der Flüchtlinge aus Kirgistan. Ähnlich äußert sich auch der russische Präsident Dmitrij Medwedjew.
19.6.2010	Es wird bekannt, dass Sicherheitskräfte am 17.6. mit Wassilij Markow einen weiteren Journalisten bei dem Versuch aus dem usbekisch-kirgisischen Grenzgebiet zu berichten, verhaftet haben.
21.6.2010	Die bekannte Schlagersängerin Juldus Usmanowa bringt einen Song über das Schicksal der Usbeken im Süden Kirgistans heraus.
23.6.2010	An der Grenze zu Kirgistan findet die erste gemeinsame Sitzung von Rotem Halbmond Usbekistans, IFRC und ICRC zur Evaluierung der benötigten Hilfeleistungen für die Flüchtlinge statt.
23.6.2010	Bei einer Sitzung der deutsch-usbekischen Zwischenregierungscommission für die Angelegenheiten der Deutschen wird darüber debattiert, warum deutsche Überweisungen für das deutsche Kulturzentrum in Buchara und den roten Halbmond seit zwei Jahren von usbekischen Behörden eingefroren sind.
24.6.2010	Amnesty International äußert seine Besorgnis über mehrere Berichte über die durch usbekische Sicherheitskräfte erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen nach Kirgistan.
28.6.2010	Das Unterhaus des Parlamentes nimmt eine Ergänzung des Gesetzes über Werbung an, nach der Reklame für Tabak und Alkohol verboten wird.
29.6.2010	Die usbekische Fluggesellschaft Uzbekistan Airways nimmt den Flugbetrieb auf der Strecke Taschkent-Madrid auf.
30.6.2010	Eric Schwartz, US Assistant Secretary of State for Population, Refugees and Migration, erklärt nach seinem Usbekistanbesuch, dass das Land schnell und adäquat auf den Flüchtlingsstrom aus Kirgistan reagiert habe. Ähnlich habe sich der Hohe Flüchtlingskommissar der UN, Antonio Guterres, geäußert, meldet die staatliche Nachrichtenagentur.
1.7.2010	Der iranische Transportminister Hamid Behbahani trifft zu einem dreitägigen Besuch in Taschkent ein.
5.7.2010	Tuti Jussupowa, nach usbekischen Angaben älteste Bürgerin Usbekistans und ältester Mensch der Welt, feiert ihren 130. Geburtstag.
6.7.2010	Der Flughafen von Buchara gewinnt den Preis als bester GUS-Flughafen mit einem Fluggastaufkommen bis zu 100.000 Personen.
7.7.2010	Der lettische Außenminister Aivis Ronis trifft bei seinem zweitägigen Besuch mit seinem usbekischen Amtskollegen Wladimir Norow und Verteidigungsminister Qobil Berdijew zusammen.
7.7.2010	Beim Ombudsmann für Menschenrechte findet die erste Sitzung des neu eingerichteten öffentlichen Expertenrates statt.
7.7.2010	Im Gebiet Suchandarja finden mehrere Demonstrationen gegen Umweltbelastungen aus dem grenznahen tadschikischen Aluminiumwerk TALCO statt.
8.7.2010	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, mit dem das Joint Venture Mercedes Benz Central Asia für fünf Jahre von Steuern und Abgaben befreit wird.
9.7.2010	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, mit dem Löhne, Renten und Stipendien ab 1.8.2010 um durchschnittlich 20 % angehoben werden.
9.7.2010	Die Menschenrechtlerin Jelena Urlajewa berichtet in einem Interview mit NBCentralAsia davon, dass die aus Kirgistan geflüchteten Usbeken in usbekischen Krankenhäusern wie Verdächtige behandelt wurden, streng bewacht und polizeilich verhört wurden, einige seien verschwunden.

11.7.2010	Ferghana.ru meldet, dass in den vergangenen beiden Tagen eine plötzliche Benzinknappheit in Taschkent aufgetreten sei, die zu einer erheblichen Preissteigerung führte.
12.7.2010	Die obere Kammer des Parlamentes kommt bei der Beratung über die Implementierung des Programms zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vom Dezember 2009 zu dem Ergebnis, dass die Ziele erreicht wurden, insgesamt wurden mehr als 2,14 Mrd. Sum (ca. 488 Mio. US-Dollar) investiert, mehrere hunderttausend Arbeitsplätze neu geschaffen.
12.7.2010	Der vor einem Jahr zu einer zwölfmonatigen Freiheitsstrafe verurteilte Journalist und Menschenrechtler Dilmurod Sajid wendet sich in einem offenen Brief an den UNO-Generalsekretär, in dem er vor allem eine Verbesserung der medizinischen Behandlung seiner Tuberkulose-Erkrankung erbittet.
13.7.2010	Die ständige UN-Vertreterin in Usbekistan, Anita Nirody, dankt Präsident Karimow für die gute Zusammenarbeit mit UN-Unterorganisationen bei der Betreuung der Flüchtlinge aus Kirgistan.
14.7.2010	Die Regierung beschließt steuerliche Vergünstigungen für NGOs, die Flüchtlingen aus Kirgistan geholfen haben.
14.7.2010	Das Präsidium des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation stellt das Verfahren gegen die 13 so genannten Usbeken von Iwanowo ein. Sie waren auf usbekisches Ersuchen im Sommer 2005 unter dem Vorwurf der finanziellen Unterstützung der muslimischen Bewegung Akromiya verhaftet worden, hatten monatelang in Untersuchungshaft gesessen und sollten nach Usbekistan abgeschoben werden. Ihr Fall hatte den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschäftigt.
15.7.2010	Bundesaußenminister Guido Westerwelle wird bei seinem Arbeitsbesuch in Taschkent von Präsident Karimow empfangen und führt Gespräche mit Außenminister Wladimir Norow.
16.7.2010	In der Stadt Dschizzak wird eine im Rahmen eines UNDP-Projektes errichtete Brotfabrik eröffnet.
17.7.2010	Präsident Karimow empfängt US Deputy Secretary of State, James Steinberg, zu Gesprächen über die gegenseitigen Beziehungen und die Situation in Afghanistan und Kirgistan.
19.7.2010	Im staatlichen 1. Fernsehprogramm wird Tadschikistan beschuldigt, im Eisenbahnverkehr zwischen beiden Staaten internationale Regeln und usbekisches Recht zu missachten.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment  
Redaktionsassistent: Henryk Alff  
Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener  
Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.  
ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14  
e-mail: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## Pressemitteilung

## Berthold-Beitz-Zentrum in Berlin gegründet

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Deutsche Bank



- Früheres Russland/Eurasien-Zentrum der DGAP erhält neuen Namen
- Ehrung für eine große Persönlichkeit der Verständigung zwischen Ost und West
- Ost-Ausschuss und Deutsche Bank unterstützen Zentrum mit jährlich insgesamt 200.000 Euro

Ab dem 1. Juli 2010 trägt das Russland/Eurasien-Zentrum der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) den Namen »Berthold-Beitz-Zentrum – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien in der DGAP«.

»15 Jahre nach der Entstehung des Zentrums schlagen wir ein neues Kapitel auf und ehren einen Mann der Wirtschaft, dessen historische Mission es war, Brücken nach Polen, Russland und in andere osteuropäische Länder zu bauen. Diesem Lebenswerk fühlt sich das neue Berthold-Beitz-Zentrum verpflichtet«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold nach einem Treffen mit Beitz in der Essener Villa Hügel, mit dem die Gründung des Zentrums feierlich besiegelt wurde. Der Ost-Ausschuss und die Deutsche Bank unterstützen das Zentrum jeweils mit 100.000 Euro pro Jahr.

Der 1913 geborene Berthold Beitz hat als Generalbevollmächtigter von Alfried Krupp, dem letzten persönlichen Inhaber der Firma Krupp, und danach als Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung die Entwicklung der deutschen Wirtschaft entscheidend mitgeprägt und dabei in moralischer Hinsicht Maßstäbe gesetzt. Als kaufmännischer Leiter der Karpathen-Öl AG im polnischen Boryslaw hatte Beitz ab 1941 zusammen mit seiner Frau hunderte Juden vor dem Holocaust bewahrt. Nach dem Krieg baute Beitz mit einer strategisch durchdachten Osthandelspolitik Brücken über den Eisernen Vorhang. Während der offiziellen Politik im Kalten Krieg der direkte Kontakt verwehrt blieb, führte Beitz das Gespräch mit den Führern der kommunistischen Welt und wurde so zum Vorbereiter des späteren »Wandels durch Annäherung«.

»Das zukünftige Berthold-Beitz-Zentrum markiert eine Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Es ist eine Plattform für Begegnungen und ein Ort offener Aussprache zwischen den Ländern des Ostens und der deutschen Öffentlichkeit«, beschreibt Alexander Rahr, der langjährige Leiter des Programms Russland/Eurasien der DGAP, die Aufgaben seines Zentrums. »Diese Netzwerkfunktion sucht in Deutschland ihresgleichen.« Viele Präsidenten, Außenminister, Oppositions- und Wirtschaftsführer hätten bereits von ihr Gebrauch gemacht. Zudem biete das Zentrum als Think-Tank eine Basis für schnelle Analysen und Handlungsoptionen, und werde bereits jetzt von der Politik, internationalen Unternehmen und Medien ständig nachgefragt.

Der Ost-Ausschuss Vorsitzende Mangold nennt drei Ziele, an denen sich das Berthold-Beitz-Zentrum orientiert:

- »Es gibt keine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilität in Europa ohne eine Einbindung Russlands und der Ukraine.
- Mit den Staaten in Zentralasien benötigen wir eine enge strategische Partnerschaft, die wir auch über enge Wirtschaftsbeziehungen herstellen.
- Der Grundsatz der Osthandelspolitik von Berthold Beitz »Wandel durch Handel« bleibt ein Erfolgsrezept für das deutsche Engagement im östlichen Europa.«

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der das Berthold-Beitz-Zentrum angegliedert ist, zählt zu den großen deutschen Mittlerorganisationen für Fragen der internationalen Politik und der Außen- und Sicherheitspolitik. Die DGAP wurde 1955 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. [www.dgap.org](http://www.dgap.org)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit dem Jahr 2008 gemeinsam mit der Deutschen Bank Hauptfinanzierer des Zentrums und führt mit ihm regelmäßig Veranstaltungen in Kooperation durch. Der 1952 gegründete Ost-Ausschuss, dem 150 größere und mittelständische Unternehmen sowie große Wirtschaftsverbände angehören, vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in Bezug auf 22 Länder Osteuropas und Zentralasiens. [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

Die Deutsche Bank AG gehört zu den wichtigsten ausländischen Finanzakteuren auf den Märkten Mittel- und Osteuropas. Seit dem Jahr 2008 ist die Deutschen Bank gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss Hauptfinanzierer des Zentrums. [www.deutsche-bank.de](http://www.deutsche-bank.de)

Pressekontakt:

Andreas Metz  
Ost-Ausschuss  
der Deutschen Wirtschaft  
030/2028 – 1441  
[A.Metz@bdi.eu](mailto:A.Metz@bdi.eu)

Annette Kaiser  
Pressestelle DGAP  
030-254231-32  
[a.kaiser@dgap.org](mailto:a.kaiser@dgap.org)

Deutsche Bank AG  
Presseabteilung  
Dr. Klaus Winker  
069 910 32249  
[klaus.winker@db.com](mailto:klaus.winker@db.com)

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)